



Gesellschaft für
bedrohte Völker

bericht

Unsere Menschenrechtsarbeit 2019



Inhalt

Vorwort	5
Die Gesellschaft für bedrohte Völker	7
Menschenrechtsthemen im Focus	
Indigene Völker	
Brasiliens Indigene unterstützen!	11
Indigene Sprachen wirksam schützen und fördern	13
Ratifizierung der ILO-Konvention 169: Wir waren noch nie so dicht davor	17
Ethnische, religiöse, sprachliche Minderheiten und Nationalitäten	
Minderheiten in Syrien und im Irak schützen	21
Religiös Verfolgten beistehen	23
Kinder des Krieges	25
Für Demokratie und Menschenrechte im Sudan	29
Initiativen für Minderheiten und Nationalitäten Europas	31
Genozidprävention und Schutzverantwortung	
Opfer von Völkermord: Menschenrechte der Rohingya sichern	35
Menschenrechte für muslimische Nationalitäten in China	37
Eine Stimme für die, die keine Stimme haben	
Einsatz für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen	41
Die GfbV in Berlin: Allianzen schmieden – Fürsprecher gewinnen	43
Menschenrechtsarbeit digital	45
Unser Menschenrechtsmagazin: bedrohte Völker – pogrom	47
Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV	49
Geschäftsführung und Finanzen	51
Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.	61
Auf einen Blick – wichtige Gremien und Kontakte	62
Impressum	63

BUNDES SVORSTAND



Jan Diedrichsen, *Bundesvorsitzender*



Leonie Krüger, *stellv. Bundesvorsitzende*



Abidine Ould-Merzough, *Vorstandsmitglied*



Eytan Çelik, *Vorstandsmitglied*



Kaan Orhon, *Vorstandsmitglied*

Vorwort

Liebe Mitglieder,
liebe Freundinnen und Freunde der GfbV,

Sie finden auf den folgenden Seiten den Rückblick auf unsere Menschenrechtsarbeit 2019. Darin berichten unsere Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter über ihre Kampagnen, Aktionen und viele andere Menschenrechtsinitiativen des vergangenen Jahres. Darüber hinaus erhalten Sie einen ausführlichen Überblick über unsere Finanzen und die Rahmenbedingungen unserer Arbeit.

Normalerweise erscheint dieser Bericht zur Jahresversammlung. Doch zur Stunde ist unklar, ob wir 2020 überhaupt eine Mitgliederversammlung durchführen können. Das ist für eine Organisation wie die GfbV, die ihre Wurzeln im ehrenamtlichen Engagement hat, besonders schmerzlich. Das gemeinsame Treffen und Arbeiten über das Hauptamt hinaus ist für uns besondere Verpflichtung und charakteristisch für die GfbV.

Nichtsdestotrotz ruht die Arbeit auch in Corona-Krisenzeiten nicht: Unsere engagierten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter führen unsere Kampagnen natürlich weiter und auch unsere Regionalgruppen zeichnen sich mit kreativen Aktionen „aus dem Homeoffice“ aus.

Die Ziele und Motivation unserer Menschenrechtsarbeit sind bis heute unverändert; doch müssen sich Methoden und Schwerpunkte der Zeit anpassen. Eine wichtige Neuerung aus unserem Organisationsentwicklungsprozess heraus hat sich in diesem Zusammenhang bewährt: Wir konzentrieren uns vermehrt auf gezielte Projektarbeit. Nicht zuletzt haben unsere neuen Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter unserer Arbeit einen

erfrischenden Impuls geben können, wie Sie diesem Bericht entnehmen können.

2019 hieß es für die GfbV auch Abschied nehmen: Wir haben mit Dr. Ines Köhler-Zülch und Maria Sido zwei besonders engagierte Stimmen für Minderheiten weltweit verloren. Ines war die „Frau der ersten Stunde“. Sie hat ihrem Mann, dem Gründervater der GfbV Tilman Zülch, stets den Rücken freigehalten und seine Ziele mit ganzer Kraft unterstützt. Wir haben ihr sehr viel zu verdanken! Maria lag das Schicksal der Yeziden besonders am Herzen. Jahrzehntlang hat sie bei uns ehrenamtlich mitgearbeitet und viele Jahre die Geschicke der GfbV auch im Vorstand mitbestimmt. Wir werden ihr Andenken in Ehren halten.

Abschließend sei neben der bereits zum Ausdruck gebrachten Anerkennung für das vielfältige ehrenamtliche und hauptamtliche Engagement natürlich auch ein besonderes Dankeschön an all unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender, Förderinnen und Förderer, Abonentinnen und Abonenten gerichtet: Mit ihren Beiträgen und Spenden haben sie unsere Menschenrechtsarbeit mitgetragen, ja erst ermöglicht. Danke!

Es grüßt herzlich



Jan Diedrichsen, *Bundesvorsitzender*



Das GfbV-Team:

Ulrich Delius, Svenja Peters, Hanno Schedler, Jasna Causevic,
Yvonne Bangert, Juliana Miyazaki, Dr. Kamal Sido, Lina Stotz,
Jonas Bermaoui, Inse Geismar, Caroline Siems, Niels Keilhack,
Daniel Matt, Johanna Fischotter, Linda Fiene, Marlen Mock,
Serdar Baysal, Cécile Ayoub, Christian Rach, Regina Sonk

Die Gesellschaft für bedrohte Völker

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) ist eine internationale Menschenrechtsorganisation mit einem ganz besonderen Auftrag: 1968 gegründet setzen wir uns seit mehr als 50 Jahren weltweit für verfolgte und unterdrückte ethnische und religiöse Minderheiten, Nationalitäten und indigene Völker ein. Wir kämpfen gegen Völkermord und Verbrechen gegen die Menschlichkeit, für den Schutz der Zivilbevölkerung im Krieg und gegen Vergewaltigung als Kriegswaffe. Wir streiten für die Landrechte indigener Gemeinschaften und gegen den Raubbau in ihrer Heimat. So engagieren wir uns für Kurden und Christen im Nahen Osten, für Nuba, Darfuri oder Oromo in afrikanischen Ländern oder für Tibeter und Uiguren, Adivasi und Rohingya in Asien. Genauso setzen wir uns für die Rechte der Aboriginal Australians oder der indigenen Völker auf dem amerikanischen Kontinent ein. Auch europäische Minderheiten wie die Inuit und Sami im Norden Europas oder Sinti und Roma in Deutschland können auf uns zählen.

Permanent recherchieren wir die Lage bedrohter Minderheiten, halten Kontakt zu den Betroffenen, knüpfen Netzwerke, wenden uns an Politikerinnen und Politiker und erinnern sie im persönlichen Gespräch, in Briefen, Appellen und E-Mails immer wieder daran, dass deutsche Außen- und Wirtschaftspolitik weltweit große Verantwortung trägt. Wir publizieren Menschenrechtsreporte, Dokumentationen und Memoranden, erstellen Gutachten, erbitten Hilfe für Notleidende, organisieren Mahnwachen und informieren ständig

die Presse über Menschenrechtsverletzungen. Deren Berichterstattung übt Druck auf politisch Verantwortliche aus und ist hilfreich bei unserem zähen Ringen mit Parteien, Regierungen oder Wirtschaftskonzernen für die Einhaltung der Menschenrechte.

Über soziale Medien und auf unserer Homepage, mit Ausstellungen, Vorträgen und in unserer Zeitschrift „bedrohte Völker-pogrom“ informieren wir die Öffentlichkeit über die Verfolgung und Unterdrückung von Minderheiten. Ihren Repräsentantinnen und Repräsentanten verschaffen wir Gehör vor nationalen, europäischen und internationalen Gremien. Kronzeugen von Völkermord und schwersten Menschenrechtsverletzungen ermöglichen wir es, vor den Vereinten Nationen zu sprechen. So gelingt es uns immer wieder zu verhindern, dass Kriegsverbrechen verschwiegen und Menschenrechtsverletzungen verharmlost werden.

Unsere Mitglieder, Spenderinnen und Spender garantieren unsere Unabhängigkeit: Sie finanzieren mit ihren Beiträgen unsere wichtige Menschenrechtsarbeit und tragen so dazu bei, Leben zu retten, Leid zu lindern, Gerechtigkeit durchzusetzen und die Vielfalt unserer Welt zu bewahren. Dafür danken wir herzlich!

SPRACHE IST EIN MENSCHENRECHT

Indigene Vertreter*innen melden sich zu Wort

Die meisten der zurzeit 4.000 von indigenen Völkern gesprochenen Sprachen sind gefährdet. Aktivist*innen indigener Gemeinschaften aus Indien und Australien berichten über Revitalisierungsprojekte gefährdeter Sprachen.



Dalits & Adivasi
aus Indien
24.09.19
19.00 Uhr

Aboriginal
aus Australien
01.10.19
19.00 Uhr

Es informieren **Gunjal Ilkir Munda**, **Bineet Mundu** und **Anupam Purty** aus Indien über den Kampf von Dalits und Adivasi um die Rettung der Sprachenvielfalt Indiens und **Kira Bain** (Foto) über die indigene Sprache Kaurna in Südastralien.

Wo: Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte (Geiststr. 7, 37073 Göttingen)

Eintritt frei. Spenden erwünscht.
Vorträge in englischer Sprache



Gesellschaft für
bedrohte Völker

FREIHEIT für den „kurdischen Obama“!

Das Leben des Politikers Selahattin Demirtaş in türkischer Haft



INFORMATIONSV ERANSTALTUNG

mit **Thomas Oppermann (SPD)**,
Vizepräsident des Deutschen Bundestages,

und **Süleyman Demirtaş**,
dem Bruder des seit November 2016
inhaftierten Oppositionellen Demirtaş.

Dienstag,
03.09.2019
19.30 Uhr

im **Victor-Gollancz-Haus**
Geiststraße 7, 37073 Göttingen

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Eintritt frei. Spenden erwünscht.
www.gfbv.de

DIE FRIEDENSBOTSCHAFT DER IROKESEN

vorgestellt von dem
Mohawk-Ältesten Sakokwenionkwas (Tom Porter)

Mittwoch,
5. Juni 2019
19.00 Uhr

Eintritt frei. Spenden erwünscht.

Vortrag in englischer Sprache

Veranstaltungsort:
Victor-Gollancz-Haus
für Menschenrechte
Geiststraße 7, 37073 Göttingen



Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

www.gfbv.de

Bei den zahlreichen Veranstaltungen in unserem Haus 2019
konnten wir regelmäßig viele Gäste begrüßen.

Vom Sklaven zum Aktivisten

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Der Mauretanier Brahim Ramdhane berichtet

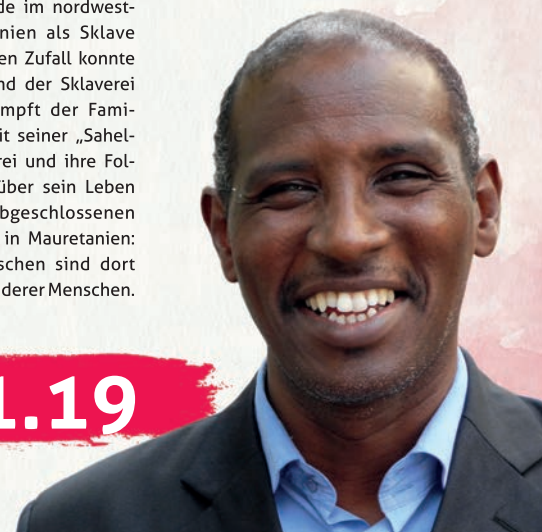
Brahim Ramdhane wurde im nordwest-afrikanischen Mauretanien als Sklave geboren. Nur durch einen Zufall konnte er zur Schule gehen und der Sklaverei entkommen. Heute kämpft der Familienvater und Lehrer mit seiner „Sahel-Stiftung“ gegen Sklaverei und ihre Folgen. Brahim berichtet über sein Leben und den noch nicht abgeschlossenen Kampf gegen Sklaverei in Mauretanien: Hunderttausende Menschen sind dort immer noch Eigentum anderer Menschen.

Montag,

18.11.19
18.30 Uhr

Veranstaltungsort:
Victor-Gollancz-Haus
für Menschenrechte
(Geiststr. 7, 37073 Göttingen)

www.gfbv.de



Menschenrechtsthemen
im Focus:
Indigene Völker

Gesellschaft für bedrohte Völker



Auf der Leipziger Buchmesse informierten wir an unserem Stand über die bedrückende Lage der Indigenen in Brasilien.

Foto: Daniel Matt/GfbV

Brasiliens Indigene unterstützen!

In ganz Brasilien formiert sich indigener Widerstand gegen den Abbau verfassungsmäßig garantierter Grundrechte. Schon am ersten Amtstag von Jair Bolsonaro am 01.01.2019 wurde ein Dekret erlassen, dass die Landrechtsreform aufkündigen und Behörden, die indigene Rechte schützen sollten, entmachten sollte.

In unserer Broschüre *„Wir geben unser Land nicht auf“ – Brasiliens Indigene trotzen Präsident Bolsonaro* berichteten wir über die rücksichtlose Agenda auf Kosten der indigenen Bevölkerung. Wir ließen darin Indigene zu Wort kommen und informierten über ihre politischen Forderungen. Sie wurden dann auch Thema unseres Standes bei der Leipziger Buchmesse vom 21. bis 24. März 2019. Hier informierten wir über die Wirtschaftspolitik der Regierung Bolsonaro und ihre katastrophalen Folgen für Umwelt und Menschen.

Ende April nahm unsere Brasilienkoordinatorin Eliane Fernandes Ferreira gemeinsam mit dem brasilianischen Ashaninka Benki Piyãko an der 18. Sitzung des Ständigen Forums für Indigene Angelegenheiten der Vereinten Nationen (UNPFII) in New York teil. Das UNPFII ist das wichtigste UN-Forum, in dem sich Indigene weltweit vernetzen und austauschen. Diesmal gab es viel Zuspruch und Solidarität für die brasilianischen Delegierten, für die Sônia Guajajara, Koordinatorin der indigenen Dachorganisation APIB, sprach.

Nur einen Tag später traf unsere Referentin Regina Sonk sie in Brasiliens Hauptstadt Brasília beim Protestcamp „Acampamento Terra Livre“

wieder. Dort versammelten sich etwa 4.500 Indigene aus nahezu allen Teilen des Landes, um vor dem Parlamentsgebäude ihre Landrechte einzufordern. Gemeinsam mit einer Kollegin und einem Kollegen der GfbV-Schweiz nahm unsere Referentin an dem Protestcamp teil, führte Gespräche mit Indigenen, NGOs sowie Politiker*innen. Einige Indigene, mit denen wir gesprochen hatten, trafen wir dann im Oktober in Berlin wieder. Wir begleiteten ihre zehnköpfige APIB-Delegation zu politischen Terminen und öffentlichen Veranstaltungen.

Ein weiteres Großereignis war der erste indigene Frauenmarsch vom 9. bis 14. August 2019. Seit 2015 in Vorbereitung, war er weltweit der erste seiner Art. Eliane war auch hier für uns vor Ort, als in Brasília die mehr als 2.500 Frauen aus 130 indigenen Völkern Brasiliens so für ihre Landrechte demonstrierten und ein Ende von Diskriminierung und Gewalt forderten.

Über das ganze Jahr hinweg informierten wir über die Entwicklungen in Brasilien: Ob über die verheerenden Brände im Amazonasgebiet oder Gewalt und Morde an Indigenen – wir bringen indigene Stimmen und ihre Forderungen in die deutsche Öffentlichkeit und Presse.



“ Wir glauben, dass wir heute einen Moment erleben, in dem wir achtsam sein müssen, weil wir wissen, dass der Planet immer mehr Aufmerksamkeit der Menschheit braucht. Und ich möchte auf jeden von euch zählen können.“

Benki Piyako, Ashaninka-Sprecher aus Brasilien



- ✓ Unsere informative Broschüre wurde von der Öffentlichkeit gut angenommen: Sie fand auf der Leipziger Buchmesse reißenden Absatz.
- ✓ Bei indigenen Protestcamps und Demonstrationen vor Ort in Brasilien konnten wir wichtige Kontakte zu Betroffenen knüpfen.
- ✓ Für eine indigene Delegation konnten wir später in Deutschland Gespräche mit Politiker*innen vereinbaren und begleiten.

✓ **Medienecho:** In unseren Pressemitteilungen informierten wir über Gewalt an indigenen Umweltschützern, kritisierten scharf politische Entscheidungen, die indigene Rechte schwächen sollten. Unsere Beiträge über die katastrophalen Auswirkungen der verheerenden Waldbrände auf indigene Gemeinschaften griffen viele überregionale auflagenstarke Tageszeitungen und Dutzende regionale Medien auf. Auch in den sozialen Medien war unsere Brasilienarbeit besonders erfolgreich.

Indigene Sprachen wirksam schützen und fördern

Die Vereinten Nationen hatten 2019 zum Internationalen Jahr der weltweit noch 4.0000 indigenen Sprachen (IYIL) erklärt. Die meisten von ihnen drohen zu verschwinden. Denn sie sind nur mündlich überliefert und spielen oftmals weder in Bildungssystemen noch auf dem Arbeitsmarkt eine Rolle. Wir als GfbV wollten diesem Thema besondere Aufmerksamkeit schenken, denn Indigene kämpfen seit Jahrzehnten um die Anerkennung ihrer Sprachen und Wissenssysteme.

Bei den Recherchen für unseren Report „*Sprache: Ein Menschenrecht*“ war es uns besonders wichtig herauszufinden, ob und wie all diejenigen, die indigene Sprachen sprechen, rechtlich geschützt sind. Unser Fazit war ernüchternd: Nirgendwo sind bilinguale Schulsysteme ausreichend implementiert. Doch gerade sie könnten gewährleisten, dass Indigene ihre Sprachen und ihr Wissen erlernen und weitergeben können. Bilinguale Schulsysteme sind eine der zentralen Forderungen indigener Organisationen und bereits in allen völkerrechtlichen Verträgen fest verankert. Vielen Staaten fehlt es am politischen Willen, diese Vorgaben umzusetzen.

Die Sprache ist für Indigene und ihre kollektive Identität zentral. Es gibt viele engagierte und kreative indigene Initiativen, ihre Sprachen sichtbar und attraktiver zu machen. Wir hielten 2019 mit drei indigenen Sprachprojekten Kontakt, darunter auch mit dem Projekt *Kimeltuwe* im Süden Chiles. Es wurde von Alina Rodenkirchen ins Leben gerufen. Für muttersprachlichen Un-

terricht erarbeitet sie Lehrmaterialien in Mapuzugun, der Sprache der Mapuche.

Am 9. August, dem Internationalen Tag der indigenen Völker, machten wir das politische Berlin vor dem Reichstag mit einer Installation aus großen bunten Pappwürfeln auf die Vielfalt indigener Sprachen aufmerksam. Zuvor hatten wir eine Podiumsdiskussion über den Wert und Möglichkeiten des Schutzes indigener Sprachen organisiert. Vor sehr interessiertem Publikum und moderiert von dem entwicklungspolitischen Gutachter Dr. Theodor Rathgeber diskutierten die beiden Expertinnen Alina Rodenkirchen und Tjan Zaotschnaja für die GfbV mit Lars-Christian Koch, dem Direktor des Humboldt-Forums, sowie der Sprachwissenschaftlerin Christiane Wegener.

Im September stand beim UN-Menschenrechtsrat in Genf die Halbjahresevaluation des IYIL auf der Agenda. Passend dazu organisierten wir dort einen sogenannten Side Event, auf dem indigene Delegierte ihre Sicht der Dinge schilderten.

Das Jahr schloss mit einem großen Erfolg: Am 18. Dezember 2019 beschloss die UN-Vollversammlung die Dekade indigener Sprachen 2022 bis 2032. Das ist eine großartige Unterstützung auch für uns, die wir uns weiterhin für indigene Sprachen einsetzen und politische Akteur*innen auf ihre Verpflichtungen hinweisen werden.



Mit den bunten Würfeln demonstrierten wir am Internationalen Tag der indigenen Völker (9.8.) vor dem Reichstag in Berlin.

Foto: Niels Keilhack/GfbV



„*Mein Vater wurde „aufgeklärt“: Wir Kinder sollten nur russisch sprechen. Ich verstand erst später, wie sehr er darunter gelitten hat. Nur alkoholisiert murmelte er etwas auf Itelmenisch. Für uns war das eine „geheime“ Sprache. Das machte ihn immer schweigsamer.“*

Tjan Zaotschnaja,
Itelmenin und GfbV-Expertin für Völker Sibiriens



- ✓ Wir konnten drei Projekte für den Erhalt indigener Sprachen unterstützen.
- ✓ Dem UN-Menschenrechtsrat legten wir einen Report über bedrohte indigene Sprachen vor.
- ✓ So konnten wir dazu beitragen, dass die UN der Forderung vieler Indigener nachkam und eine Dekade der indigenen Sprachen ausrief (2022 - 2032).

- ✓ **Medienecho:** Anlässlich des Tags der indigenen Völker (9. August) veröffentlichten wir unseren „Sprachenreport“ und konnten so das Interesse der Medien am UN-Jahr der indigenen Sprachen wecken. Wir wurden um zahlreiche Interviews gebeten und vielfach zitiert.

Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
United Nations Association of Germany

www

Choyke, Txeqüll ka Fuzü egün
Kimeluwüliyiñ tati zoy kümeleay taiñ mapu
Victor Carilaf egu Fiestóforo



Deutsche Gesellschaft für die Vereinten Nationen e.V.
United Nations Association of Germany

Alina
Namunkura Rodenkirch

Alina Rodenkirchen präsentiert ihr Lehrmaterial für Mapuzungun, die Sprache der indigenen Mapuche in Chile.

Foto: GfbV

Ratifizierung der ILO-Konvention 169: Wir waren noch nie so dicht davor

Die Konvention 169 der Internationalen Arbeitsorganisation der UN (ILO) ist das wichtigste Instrument für die Wahrung der Rechte indigener Völker. Deshalb haben SPD und CDU/CSU im aktuellen Koalitionsvertrag die Ratifizierung dieser Konvention versprochen. Das ist ein erster großer Erfolg unseres unermüdlichen Lobbyings, das wir auch 2019 fortgesetzt haben. Jetzt müssen wir dafür sorgen, dass dieses Vorhaben auch umgesetzt wird, z.B. durch Lobbybriefe und Aktionen. So unterzeichnete unser Bundesvorsitzende Jan Diedrichsen im Juli 2019 für die GfbV einen gemeinsamen Appellbrief des ILO 169-Koordinierungskreises an die Bundeskanzlerin und mehrere Ministerien, unter ihnen das Entwicklungs- und das Umweltministerium. Am Internationalen Tag der indigenen Völker (9. Dezember) übergaben wir im Bundeskanzleramt einen Appell an Angela Merkel, in dem wir sie um ihre persönliche Unterstützung für die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 baten.

Ein Höhepunkt war der Aufenthalt von Victoria Tauli-Corpuz, UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker, im November 2019 in Berlin. Sie ist die höchstrangige UN-Repräsentantin für indigene Völker. Wir organisierten für sie Gespräche mit Dr. Karsten Stender im Bundesministerium für Arbeit und Soziales und Dr. Christian Forwick im Bundesministerium für Wirtschaft

und Energie sowie mit Bärbel Kofler, Menschenrechtsbeauftragte der Bundesregierung, im Auswärtigen Amt. Auf unsere Bitte hin luden die Bundestagsabgeordneten Frank Schwabe (SPD) und Norbert Altenkamp (CDU) zu einem parlamentarischen Frühstück ein, bei dem Tauli-Corpuz interessierten Abgeordneten nahebrachte, wie wichtig die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 durch Deutschland für indigene Völker weltweit sei.

Sehr gefreut haben wir uns über eine Solidaritätsbekundung der vier autochthonen nationalen Minderheiten - der dänischen Minderheit, der friesischen Volksgruppe, des sorbischen Volkes in der Lausitz sowie der deutschen Sinti und Roma - für die indigenen Völker in Lobbybriefen und einer gemeinsamen Presseerklärung des Minderheitenrates mit der GfbV Ende November. Darin heißt es: „*Wir möchten als nationale Minderheiten in Deutschland unsere deutliche Unterstützung zur Ratifizierung der ILO 169 zum Ausdruck bringen und erhoffen uns, dass dieses Vorhaben noch in dieser Legislaturperiode umgesetzt wird.*“ Das Lobbying hatte Erfolg: Auch die Stellvertretende Fraktionsvorsitzende der CDU/CSU-Bundestagsfraktion Dr. Katja Leikert sprach sich im Januar 2020 eindeutig für die Ratifizierung der Konvention ILO 169 aus. Bislang hatte die Fraktion sich nicht so eindeutig positioniert.



„Vielen Dank für Ihre anhaltende Unterstützung für indigene Völker weltweit. Solche Stimmen helfen sehr, um die Menschenrechte Indigener und auch ihr Wohlergehen zu sichern.“

Victoria Tauli-Corpuz, UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker



- ✓ Wir konnten die UN-Sonderberichterstatterin für die Rechte indigener Völker als unseren Gast begrüßen und für sie wichtige politische Gespräche vereinbaren.
- ✓ Es gelang, die vier nationalen Minderheiten in Deutschland für eine gemeinsame Presseerklärung zu gewinnen, in der wir alle eine Ratifizierung der ILO-Konvention 169 forderten.

- ✓ Der Jugendbewegung Fridays for Future konnten wir erstmals vermitteln, wie wichtig die Rechte indigener Völker und die Ratifizierung der ILO-Konvention 169 sind: Sie lud uns zu einer gemeinsamen Kundgebung ein.
- ✓ **Medienecho:** Medienschaaffende ließen sich für das abstrakte Thema der ILO-Konvention 169 nur schwer interessieren. Wir konnten auf das Regelwerk jedoch in Interviews über das UN-Jahr der indigenen Sprachen hinweisen.

Menschenrechtsthemen
im Focus:
Ethnische, religiöse,
sprachliche
Minderheiten und
Nationalitäten

Vergesst uns nicht
Erhebt Eure Stimme
Christen und
Yeziden!

UNTERSTÜTZUNG
FÜR RELIGIÖSE
MINDERHEITEN
JETZT!

Auf dem Kirchentag in Dortmund baten wir um Solidarität für die bedrängten religiösen Minderheiten im Irak und Syrien.

Foto: Daniel Matt/GfbV

Gesellschaft für bedrohte Völker

Minderheiten in Syrien und im Irak schützen

Syrien, der Irak und ihre Nachbarländer gelten als die „Wiege der Christenheit“. Heute bildet die christliche Bevölkerung dort aber nur noch eine kleine Minderheit. Auch die yezidische Volksgruppe ist dort von Verfolgung und Ausgrenzung bedroht.

2019 ist es uns gelungen, auf dem Kirchentag in Dortmund unsere Resolution „*Mit interreligiösem Dialog Leben retten und Zukunftsperspektiven bauen – in Deutschland und im Nahen Osten!*“ einzubringen. Wir hatten den Bischof der Diözese der koptisch-orthodoxen Kirche in Norddeutschland, Anba Damian, gebeten, sie mitzutragen. Nahezu einstimmig verabschiedet war sie ein starkes Signal an die Bundesregierung, mit ihrer Politik das friedliche Zusammenleben aller Religionsgemeinschaften zu fördern und aktiv für den Schutz religiöser Minderheiten in Syrien und im Irak einzutreten. Deren Wohlergehen solle ein Schwerpunkt der Entwicklungshilfe und Außenpolitik der EU sein. In Deutschland sollen christliche und yezidische Geflüchtete weiterhin in Sicherheit leben dürfen. Außerdem dürften keine deutschen Rüstungsgüter mehr in die Türkei exportiert werden, so lange der NATO-Staat und islamistische Söldner Afrin und andere Regionen in Nordsyrien besetzen und Angehörige der christlichen, yezidischen, aramäischen, alevitischen und kurdischen Volksgruppe verfolgen und vertreiben.

Anlässlich des ersten Jahrestages der Besetzung Afrins durch die Türkei (20.03.18) luden wir den

Leiter der syrischen Beobachtungsstelle für Menschenrechte in Großbritannien, Rami Abdulrahman, nach Deutschland ein. Wir vereinbarten für ihn Gespräche im Auswärtigen Amt und mit Bundespolitiker*innen verschiedener Parteien. Auf der Buchmesse in Leipzig organisierten wir ein viel beachtetes Podiumsgespräch mit ihm.

In Pressemitteilungen, Interviews, bei Pressekonferenzen, Vorträgen und in persönlichen Begegnungen mit Politiker*innen aller Parteien appellierten wir 2019 immer wieder an die Bundesregierung, die christliche, yezidische und insbesondere die kurdische Volksgruppe von politischen Gesprächen über die Zukunft Syriens nicht auszuschließen. Gerade für sie sei der radikale Islam eine große Gefahr. Die autonome Region Rojava in Nordsyrien steht unter kurdischer Verwaltung. Für den Irak forderten wir die Abschaffung islamischer Scharia-Rechtspassagen in der Verfassung und Gesetzen.

Pressearbeit

Die Lage der kurdischen, christlichen und yezidischen Bevölkerung sowie der Religionsgemeinschaft der Bahai und anderer Minderheiten im Nahen Osten war Thema in mindestens 100 Interviews, um die wir 2019 gebeten wurden, unter anderem vom *Deutschlandfunk*, dem *WDR*, der *Jerusalem Post* oder *Voice of America*. Da unser Nahostexperte Kamal Sido nach Syrien gereist war, konnte er authentisch über die drängenden Probleme der bedrohten Volksgruppen informieren.



„Danke, dass die GfbV die Kurden, Christen, Yeziden und andere Minderheiten in Afrin nach dem völkerrechtswidrigen Einmarsch türkischer Truppen nicht vergisst.“

Muhiddin Sheikhalı, Generalsekretär der Kurdischen Demokratischen Partei der Einheit in Syrien (Yekiti/Al Wahda), besuchte uns Ende 2019



- ✓ Uns ist es gelungen, beim Evangelischen Kirchentag eine Resolution für die Minderheiten verabschieden zu lassen.
- ✓ Unsere Videos über die Verfolgung von Kurden, Christen und Yeziden im nordsyrischen Afrin wurden mindestens 40.000 Mal aufgerufen.
- ✓ Wir konnten den Leiter der prominentesten Menschenrechtsorganisation Syriens nach Deutschland einladen und für ihn Gespräche im Präsidium des Bundestages, im Auswärtigen Amt und mit den wichtigsten Zeitungen organisieren.

✓ **Medienecho:** Die Lage der ethnischen und religiösen Minderheiten in Syrien und dem Irak war Thema dutzender Pressemitteilungen, die vor allem konfessionelle Medien sehr häufig aufnahmen. Vor und während des türkischen Angriffs auf Nordsyrien am 9. Oktober berichteten wir fast täglich über die Lage und erreichten ein sehr breites Publikum. Auch international war unser Nahostexperte ein äußerst gefragter Gesprächspartner für Radio- und TV-Sender in diversen Sprachen.

Religiös Verfolgte beistehen

Zehntausende Uiguren und Kasachen in China bangen um ihre Angehörigen. Willkürlich wurden rund 1,6 Millionen Menschen nur aufgrund ihrer ethnischen Abstammung und ihres muslimischen Glaubens in Umerziehungslager eingewiesen. Dort warten Folter, entwürdigende Behandlung und Gehirnwäsche auf sie. So soll ihnen ihr Glauben ausgetrieben werden. Wir haben den Betroffenen eine Stimme gegeben, um auf diese Verbrechen gegen die Menschlichkeit aufmerksam zu machen. So berichtete der Turkologe Qahiri in viel beachteten Videos über die Verschleppung seines Vaters, eines angesehenen Sprachforschers. Bei den UN machten wir Chinas Zwangsassimilierungspolitik zum Thema. Auch setzten wir uns erfolgreich für den Schutz von Zeuginnen ein, die den Lagern entronnen waren. All das trug dazu bei, dass China nicht mehr behaupten kann, es gebe keine Umerziehungslager.

Auch in Tibet wird die Religionsfreiheit systematisch eingeschränkt. Die Zahl buddhistischer Nonnen und Mönche soll drastisch verringert werden. Bei den UN protestierten wir gegen deren willkürliche Vertreibung aus buddhistischen Lehrinstituten.

Im vermeintlich demokratischen Indien werden unter der Hindu-nationalistischen Regierung Christen und Muslime diskriminiert und ausgegrenzt. Mit Presseerklärungen und Appellen an die EU-Außenminister mobilisierten wir zu Protesten gegen diese Menschenrechtsverletzungen. Vor allem forderten wir, mehr als einer Million Muslimen im Bundesstaat Assam nicht willkürlich die Staatsbürgerschaft zu entziehen. Zwar konnten wir ihre Einweisung in Internie-

rungslager nicht verhindern, aber mit dazu beitragen, dass Übergriffe nicht stillschweigend hingenommen, sondern wie nie zuvor in Medien und Öffentlichkeit kritisiert wurden.

Während in Indien und China Regierungen Religionsfreiheit einschränken, bedrängen in Westafrika islamistische Terrorgruppen Christen und Muslime. Blutige Überfälle auf vollbesetzte Kirchen erregten weltweit Aufsehen. Vor allem in Burkina Faso und in Mali nimmt die Gewalt gegen Christen zu. Wir forderten, Gläubige besser zu schützen und Selbstverteidigungsmilizen nicht länger zu bewaffnen. Denn es wird immer schwieriger, Waffen-Missbrauch zu verhindern. Wie berechtigt unsere Warnungen waren, zeigte sich im März 2020 in Burkina Faso, als 43 Menschen bei einem Rachezug einer Bürgerwehr gegen vermeintliche „Terroristen“ getötet wurden. Das einzige Verbrechen der Getöteten war, einer Bevölkerungsgruppe anzugehören, die pauschal der Unterstützung des Terrorismus bezichtigt wird.



“ Die Gesellschaft für bedrohte Völker macht nicht nur darauf aufmerksam, wie wichtig es ist, die Rechte aller Menschen zu respektieren, sondern sie gibt allen Opfern von Menschenrechtsverletzungen Hoffnung auf eine bessere Zukunft.“

Dalai Lama



- ✓ Wir haben Kronzeugen der Verbrechen in Chinas Umerziehungslagern vor Verfolgung geschützt.
- ✓ Den Terror gegen Christen in Westafrika und die Ausgrenzung von Muslimen in Indien machten wir zu einem Thema in der Öffentlichkeit.

- ✓ **Medienecho:** Gerade die religiösen Medien griffen viele unserer Pressemeldungen über Einschränkungen der Glaubensfreiheit oder religiös motivierten Terror auf.

Kinder des Krieges

Dieses Jahr haben wir unsere Stimme für Kinder erhoben, die oft selbst keine Stimme haben: für Kinder des Krieges. Sie wurden durch Vergewaltigungen im Krieg gezeugt, symbolisieren in den Augen vieler die Gräueltaten des Krieges und sind daher zumeist mit schwerem Stigma behaftet. Es fällt ihren Gemeinschaften schwer, sie vorurteilsfrei anzunehmen.

Davon betroffen sind Überlebende vieler blutiger Konflikte - ob im westsudanesischen Darfur oder in Bangladesch. Im Nordirak entschied die yezidische geistliche Führung im April 2019, dass die in IS-Gefangenschaft gezeugten Kinder von Yezidinnen nicht in ihre Gemeinschaft aufgenommen werden, weil sie als muslimisch wahrgenommen werden. Die Mütter mussten zwischen ihrer Gemeinschaft und ihren Kindern wählen.

Um diese bedrückende Situation zu lösen, hat die GfbV neue Wege beschritten und den Kurzfilm „Geliebt & Geächtet“ produziert. Vier Frauen kommen darin zu Wort, sowohl international anerkannte Expertinnen als auch eine Mutter und ein Kind des Krieges.

Dieser Film hatte anlässlich des fünften Jahrestags des Genozids an den Yezid*innen im Irak Premiere und wurde dann in zehn yezidischen Gemeindezentren und anderen zentralen Orten in ganz Deutschland gezeigt. In Deutschland gibt es die größte yezidische Diaspora. Ein Team der GfbV und prominente yezidische Gäste begleiteten die Filmvorführungen. Im Publikum waren meistens viele Yezid*innen und Medien anwesend. Unter anderem berichteten die kurdischen und syrischen Fernsehsender Kurdistan24, Al Youm, Ezidi24 und Syria TV über unser Projekt.

Ziel der Filmveranstaltungen war es, einen Beitrag zur Menschenrechtsbildung zu leisten. Wir wollten einen Austausch in der yezidischen Gemeinde und ein Umdenken hin zu mehr Akzeptanz anregen. Dies gelang. Es kam bei den Veranstaltungen stets zu lebhaften Diskussionen mit Argumenten sowohl für als auch gegen die Aufnahme der Kinder. Dank der versierten Gäste und der Botschaft des Films gelang es meistens, die Abende mit einem Zeichen der Hoffnung für die Kinder zu beenden. Diese Diskussionen sind wichtig, denn die yezidische geistliche Führung wird ihre Haltung zu den Kindern nur verändern, wenn die Gemeinschaft mitzieht.

Aus diesem ersten GfbV-Filmprojekt können wir viele Lehren ziehen. Beim nächsten Mal sollten noch mehr Ressourcen eingesetzt werden, um die Qualität eines Films zu verbessern. Dazu wären etwa mehr Reisen und mehr Unterstützung von Filmschaffenden von außerhalb sinnvoll. Doch auch in seiner derzeitigen Aufmachung verfehlte unser Kurzfilm seine Wirkung nicht. Noch immer stößt das Projekt auf Interesse. Es wird 2020 in erweiterter Form fortgeführt.

Film und Diskussion

Geliebt & Geächtet

Kinder des Krieges



Vier starke Frauen erzählen über das schreckliche Trauma ihrer Vergewaltigung im Krieg und die unendliche Freude einer Mutter über ihr Baby.

Mit: **Monika Hauser**, Gründerin von *medica mondiale* und Trägerin des Alternativen Nobelpreises
Grace Acan, Aktivistin, als Kind von Rebellen in Uganda entführt, Mutter von zwei Kindern des Krieges
Ingvill C. Mochmann, Politikwissenschaftlerin
Ajna Jusic, Psychologin und Aktivistin, selbst Kind des Krieges aus Bosnien

Wann? Donnerstag, **31. Oktober 2019**, 19.00 Uhr - **Eintritt frei**

Wo? EineWeltHaus, Kleiner Saal 211/12, Schwanthalerstraße 80 in München

Anschließende Diskussion über Yeziden, Rohingya und andere Minderheiten mit:

Lina Stotz, Referentin bei der Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)

Eine gemeinsame Informationsveranstaltung von



Gesellschaft für
bedrohte Völker

&



Wir gedenken der Opfer des Genozids am 3. August 2014 an Yeziden und Yezidinnen.



“ Wenn diese Veranstaltung heute auch nur ein, zwei Personen zum Umdenken bewegt, sodass wir ein, zwei Kindern das Leben retten, dann ist das die größte Veranstaltung meines Lebens.“

Prof. Dr. Dr. Jan Ilhan Kizilhan bei der Filmveranstaltung in Bielefeld am 5. September 2019



- ✓ Wir haben prominente Partner*innen gewonnen, unter ihnen international anerkannte Expert*innen und Überlebende.
- ✓ Unser Film hat den Dialog über das bis dahin tabuisierte Leid der Kinder des Krieges und ihrer Angehörigen angestoßen.
- ✓ Betroffene und ihre Gemeinschaften haben begonnen, selbst Lösungen zu erarbeiten.

- ✓ **Medienecho:** Unser Filmprojekt war nicht auf eine breite Medienöffentlichkeit ausgelegt. Deshalb haben wir unsere Pressearbeit darauf beschränkt, Filmvorführungen an den jeweiligen Veranstaltungsorten bekanntzumachen. Oft haben Lokalmedien eine Ankündigung oder Nachlese veröffentlicht.



Das Schicksal der Kinder des Krieges berührt das Publikum in Bielefeld:
Es wird lebhaft diskutiert.

Foto: Niels Keilhack/GfbV

Für Demokratie und Menschenrechte im Sudan

30 Jahre lang hat Sudans Diktator Omar Hassan al Bashir sein Land mit Gewalt und schwersten Menschenrechtsverletzungen überzogen. Millionen Menschen fielen Vertreibung, Völkermord und Aushungern zum Opfer. Besonders Frauen wurden diskriminiert und entrechtet. Jahrelang prangerten wir ihre Ausgrenzung durch Scharia-Gesetze und Auspeitschungen in Interviews, Pressemitteilungen und in Eingaben bei den Vereinten Nationen an. Als sudanesischen Frauen im Dezember 2018 begannen, auf die Straße zu gehen und ein Ende der Gewaltherrschaft zu fordern, hatten sie unsere volle Unterstützung. Wir machten ihren Aufstand via Twitter und in den Medien zum Thema in der Öffentlichkeit und forderten mehr Hilfe für sie.

Anfangs wurden wir von der Bundesregierung noch als Träumer abgetan. Doch die Demokratiebewegung erzielte im April 2019 einen ersten großen Erfolg: Bashir musste aufgrund der Proteste zurücktreten. Was demokratischen westlichen Regierungen nicht gelungen war, erreichte die sudanesischen Protestbewegung im eigenen Land. Sie stoppte das Morden und sorgte dafür, dass der Gewaltherrscher an den Internationalen Strafgerichtshof in Den Haag überstellt werden soll, von dem er wegen Völkermordverbrechen per Haftbefehl gesucht wird.

Der Aufstand der mutigen Frauen im Sudan macht Hoffnung. Wir konnten dazu beitragen, indem wir die Frauenrechtlerin Ihsan Fagiri als prominente Vertreterin der Demokratiebewegung für den

Weimarer Menschenrechtspreis 2019 vorschlugen, den sie dann auch erhielt. Ihsan Fagiri hat viel aushalten müssen. Weil sie sich für vergewaltigte Frauen im westsudanesischen Darfur engagierte, wurde sie immer wieder inhaftiert. Mit dem Preis wurden ihre Anstrengungen gewürdigt und sie ist besser vor Übergriffen der Sicherheitskräfte geschützt.

Die Bundesregierung hat endlich erkannt, wie wichtig es ist, die neue demokratische Führung im Sudan zu unterstützen. So empfing Bundeskanzlerin Merkel Premierminister Hamdak, Bundespräsident Steinmeier reiste in den Sudan, um ein Zeichen der Solidarität zu setzen. Auch die Entwicklungshilfe wurde wieder aufgenommen. Doch die Militärs drängen auf eine Wiederherstellung ihrer Macht. Hamdak entging nur knapp einem Anschlag. Mehr denn je zuvor braucht Sudans Demokratiebewegung heute unsere Unterstützung.



“*Das sudanesische Volk fühlt sich nicht alleingelassen, wenn wir merken, dass Menschen in Europa von unserem Leid erfahren. Danke!*”

Ihsan Fagiri, sudanesische Ärztin und Frauenrechtlerin



- ✓ Mit Erfolg haben wir uns für eine größere Unterstützung der Demokratiebewegung im Sudan eingesetzt.
- ✓ Unser Vorschlag, einer Sudanesisin den Weimarer Menschenrechtspreis 2019 zu verleihen, lenkte die Aufmerksamkeit der Öffentlichkeit auf die schwierige Lage von Frauen im Sudan.

- ✓ **Medienecho:** Da wir die Lage im Sudan schon seit Jahren kritisch beobachten, war die Einschätzung der GfbV auch bei der internationalen Presse gefragt. Aus dem guten Dutzend Pressemitteilungen, die wir 2019 dazu veröffentlichten, wurde häufig zitiert. Auch gab es viele Interviewanfragen.

Initiativen für Minderheiten und Nationalitäten Europas

Protest gegen Auszeichnung des Genozidleugners Peter Handke

Gegen die Verleihung des Literaturnobelpreises 2019 an Peter Handke protestierten wir bei der Schwedischen Akademie und dem Nobelkomitee, denn der Österreicher leugnet den Genozid von Srebrenica (1995). Wir forderten, dass er sich vom Regime des Serbenführers Milošević distanziert und sich bei den Opfern entschuldigt. Andernfalls sollte die Akademie ihm den Preis aberkennen. Betroffene, Journalist*innen, Genozidforscher*innen, Autor*innen sowie Literaturkritiker*innen haben wir in unsere Presse- und Öffentlichkeitsarbeit einbezogen. So konnten wir eine internationale Debatte über die Genozidleugnung anstoßen.

Am Tag der Preisverleihung (10.12.) organisierten wir eine Mahnwache in Stockholm und beteiligten uns an zwei internationalen Veranstaltungen, die überlebenden Opfern eine Plattform gaben. Unsere Forderungen wurden u.a. von den Frauen von Srebrenica, dem Gedenkzentrum für den Völkermord in Srebrenica (Potočari), Juden gegen Völkermord (New York) und dem Helsinki-Komitee für Menschenrechte (Belgrad) unterstützt. Das Medienecho, insbesondere im Radio und Fernsehen, war überwältigend.

Einsatz für geschädigte Roma, Aschkali und Balkan-Ägypter im Kosovo

Unsere Kampagne für die Entschädigung der Kinder von Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern, die im Kosovo in bleivergifteten UN-Flüchtlingslagern untergebracht waren und dadurch schwere Gesundheitsschäden erlitten haben, mussten wir hartnäckig fortsetzen. Denn es gibt bisher keine befriedigende Lösung. Wir konnten jedoch Baskut Tuncak, den UN-Sonderberichterstatter zu Auswirkungen von Umweltverschmutzung auf die Menschenrechte, als tatkräftigen Unterstützer gewinnen.

Die GfbV hatte den Anstoß für eine Entschließung des Europäischen Parlaments (EP) gegeben, die UN solle „den Opfern im Kosovo rasch Unterstützung zukommen lassen“. Anfang 2019 verlangten dann 55 EP-Mitglieder vom UN-Generalsekretär „längst überfällige Schritte“ für eine individuelle Entschädigung, angemessene Gesundheitsversorgung und pädagogische Unterstützung der Betroffenen. Tuncak forderte sechs UN-Gremien schriftlich dazu auf, das Problem zu lösen und warf den UN vor, diese Schutzbedürftigen im Stich gelassen zu haben. Zuletzt wandten wir uns gemeinsam mit Human Rights Watch an alle UN-Mitgliedsstaaten, den UN-Generalsekretär u.a., den Rat ihrer Experten zu befolgen und sicherzustellen, dass den Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern Gerechtigkeit widerfährt.

Für Dialog mit der Unabhängigkeitsbewegung Kataloniens

Im Jahr 2019 eskalierte die politische Krise in Katalonien. Spaniens Justiz reagierte auf die Forderung nach mehr Selbstbestimmung mit drakonischen Haftstrafen für Mitglieder der Unabhängigkeitsbewegung. In vielen Interviews und Presseerklärungen warnten wir, eine Kriminalisierung der Unabhängigkeitsbewegung werde den Katalonien-Konflikt nicht lösen, sondern nur schüren. Nur ein glaubwürdiger Dialog zwischen den Regierungen in Madrid und Barcelona könne helfen, die Krise zu beenden.

Für die Menschenrechte auf der Krim

Auf der völkerrechtswidrig von Russland besetzten Krim halten die schweren Menschenrechtsverletzungen der russischen Besatzer weiter an. Wer sich für Menschenrechte einsetzt, wird willkürlich verhaftet und wegen „Terrorismus“ angeklagt. In Pressemitteilungen warnten wir davor, dass systematisch die Demographie zu Ungunsten der traditionellen Bevölkerung, der Krimtataren, verändert wird. Mit Menschenrechtsaktionen, Appellen und Presseerklärungen forderten wir die Freilassung des von Russland inhaftierten ukrainischen Filmmachers Oleg Sentzov, der sich für Menschenrechte auf der Krim eingesetzt hatte. Sentzov kam schließlich im September 2019 frei.



- ✓ Im „Fall Handke“ haben wir eine öffentliche Debatte über Genozidleugnung angestoßen. Darüber hinaus haben wir als Beitrag zu politischer Bildung Studierende dazu angeregt, den „Fall Handke“ in ihren Examensarbeiten zu durchleuchten.
- ✓ **Medienecho:** In der kontroversen Diskussion über die Auszeichnung von Handke waren wir eine der meistzitierten Stimmen. TV-Sender brachten Bilder unseres Protests in Stockholm. Wir wurden um zahlreiche Interviews gebeten.
- ✓ Den bleivergifteten Roma, Aschkali und Balkan-Ägyptern haben wir eine Stimme gegeben und höchste politische Gremien mit ihrem Schicksal konfrontiert.
- ✓ Wir konnten dazu beitragen, dass der inhaftierte ukrainische Filmmacher Oleg Sentzov aus russischer Haft entlassen wurde.

Menschenrechtsthemen
im Focus:
Genozidprävention und
Schutzverantwortung



Mit einer Mahnwache vor der Bundeszentrale der SPD drängten wir die Partei im August 2020, der Defacto-Regierungschefin Burmas, Aung San Suu Kyi, aus Solidarität mit den vertriebenen Rohingya den Willy-Brandt-Preis abzuerkennen.

Foto: GfbV

Opfer von Völkermord: Menschenrechte der Rohingya sichern

Die Bilanz der Gewalt gegen die Rohingya und andere Minderheiten in Myanmar (Burma) ist furchterregend. Soldaten und Sicherheitskräfte haben seit 2016 Tausende Menschen ermordet, mehr als eine Million Rohingya vertrieben, Dörfer zerstört. Hunderttausende suchten Schutz in Bangladesch und fristen dort ein elendes Dasein.

Die GfbV arbeitet mit dem Europäischen Rohingya-Rat (ERC) zusammen, der eng mit den Rohingya in Myanmar, Bangladesch und in der europäischen Diaspora verbunden ist. Es sind die beiden Ärztinnen Dr. Ambia Perveen und Dr. Anita Schug, die unserem Engagement neuen Schwung gegeben und dies auf internationalem Parkett bekannt gemacht haben. Im März 2019 richteten wir gemeinsam mit dem ERC während der Sitzung des UN-Menschenrechtsrates in Genf einen Side Event aus und sprachen im Anschluss mit der UN-Sonderberichterstatterin Yanghee Lee über die Situation der Rohingya und über die Kultur der Straflosigkeit, die in Myanmar herrscht. Wir schlugen Alarm, als die Regierung von Bangladesch Rohingya-Flüchtlinge auf die einsame Insel Bashan Char im Golf von Bengalen umsiedeln wollte und appellierten im Laufe des Jahres immer wieder an das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR und die Internationale Organisation für Migration IOM, der Umsiedlung nicht zuzustimmen.

Im Einsatz gegen die Straflosigkeit wandten wir uns an die Hohe Kommissarin für Menschenrechte, Michelle Bachelet, den Weltsicherheitsrat und den Internationalen Strafgerichtshof. Sie sollten dafür sorgen, dass Ermittlungen gegen mutmaßliche Täter eingeleitet werden. Gambia reichte gegen Myanmar beim Internationalen Gerichtshof ICJ in Den Haag schließlich Klage wegen Völkermords ein.

Das Verhalten der ehemals angesehenen Friedensnobelpreisträgerin und Defacto-Regierungschefin von Myanmar, Aung Suu Kyi, hat angesichts des Genozids an den Rohingya weltweit für Bestürzung gesorgt. Mit einer Mahnwache vor der Bundeszentrale der SPD drängten wir die Partei, ein öffentliches Zeichen zu setzen und Aung San Suu Kyi aus Solidarität mit den Opfern den Willy-Brandt-Preis abzuerkennen. An die SPD-Ortsvereine appellierten wir, unsere Forderung zu unterstützen – mit Erfolg: Auf dem SPD-Parteitag wurde im Dezember 2019 an deren Kommission Internationale Politik ein Antrag zur Neupositionierung der SPD gegenüber Aung San Suu Kyi gestellt.



“ Das Leiden unserer Landsleute mit-
ansehen zu müssen, zerreißt uns das
Herz. Wir brauchen starke Bündnispartner wie die
GfbV, um Hilfe zu organisieren und den Vertriebe-
nen Hoffnung auf Gerechtigkeit zu geben.“

Dr. Ambia Perveen und Dr. Anita Schug,
Europäischer Rohingya-Rat ERC



✓ Unsere Forderung an die SPD, Aung San Suu Kyi den Willy-Brandt-Preis abzuerkennen hatte greifbaren Erfolg: Der SPD-Parteitag hat sich dazu verpflichtet, den Fall zu prüfen. Das hat uns auch der Vizepräsident des Deutschen Bundestages, Thomas Oppermann (SPD), versprochen. Die SPD-Ortsverbände haben innerhalb ihrer Partei eine Lawine der Entrüstung in Bewegung gesetzt.

✓ **Medienecho:** Das Leid der Rohingya in Myanmar und den überfüllten Flüchtlingslagern in Bangladesch wurde von Medienschaffenden nur unzureichend wahrgenommen. Trotzdem wiesen wir immer wieder auf die schwierige Lage hin und wurden um einige Interviews gebeten.

Menschenrechte für muslimische Nationalitäten in China

Ob Frau oder Mann, jung oder alt, Bäuerin oder Wissenschaftler, Schriftstellerin, Imam oder Hirte – mehr als eine Million Angehörige der uigurischen, kasachischen und kirgisischen Nationalitäten werden in China seit Anfang 2017 willkürlich in Lagern festgehalten. Sie sollen ihrer Identität beraubt und in „Modellbürger*innen“ verwandelt werden. Kinder, deren Eltern weggesperrt werden, kommen ins Heim. Erst leugnete die chinesische Regierung die Lager. Seit 2018 spricht sie von „Schulungszentren“. Angehörige muslimischer Nationalitäten hätten so bessere Chancen auf dem Arbeitsmarkt und würden zudem gegen eine Radikalisierung geschützt.

Eines unser dringenden Ziele 2019 war es, die ethnische Kasachin Sayragul Sautbay aus China, die nach Kasachstan geflohen war, vor Abschiebung zu schützen. Das konnten wir in Zusammenarbeit mit Bundestagsabgeordneten, die wir mit Briefen, Appellen und in Gesprächen um Hilfe baten, und kasachischen Organisationen auch erreichen. Als wichtige Kronzeugin der Lager ist Sayragul Sautbay jetzt in Sicherheit. Sie lebt mit ihrer Familie in Schweden.

Bei mehreren Veranstaltungen klärten wir über die menschenverachtenden Umerziehungslager in China auf: Im März beschrieb der ehemalige Lagerhäftling und ethnische Kasache Omer Bekali auf unserer Pressekonferenz in Berlin seinen Leidensweg. Dolkun Isa, GfbV-Mitglied und Präsi-

dent des Weltkongresses der Uiguren, nahm Ende April/Anfang Mai als GfbV-Repräsentant am Forum für indigene Angelegenheiten (UNPFII) in New York teil. Durch unsere Vermittlung informierte er bei einer Veranstaltung in der deutschen UN-Vertretung Diplomatinen und Diplomaten verschiedener Staaten über die Lage seiner Landsleute.

Im Fall des jahrelang verschwundenen uigurischen Sprachforschers Mutällip Sidiq Qahiri konnten wir durch mehrere in den Social-Media-Kanälen verbreitete Videos erreichen, dass sein Sohn Tahir mit ihm Kontakt aufnehmen konnte. Das bei dem Videogespräch zwischen den beiden entstandene Material wurde im Dezember in einem „Weltspiegel“-Beitrag über die Umerziehungslager genutzt. Als der uigurische Wirtschaftsprofessor Ilham Tohti in Straßburg den Sacharow-Preis des Europäischen Parlaments erhielt, organisierten wir eine Informationsveranstaltung mit der Europaabgeordneten Viola von Cramon über die Situation in den Umerziehungslagern.

Wir erstellten Gutachten über die Bedrohungslage der Angehörigen der uigurischen Volksgruppe in China. So konnten wir entscheidend dazu beitragen, dass in Dänemark lebende uigurische Flüchtlinge und Studierende nicht nach China abgeschoben wurden.



“ Die langjährige Unterstützung der Gesellschaft für bedrohte Völker ist für den friedlichen Kampf der Uiguren für Menschenrechte sehr wichtig.“

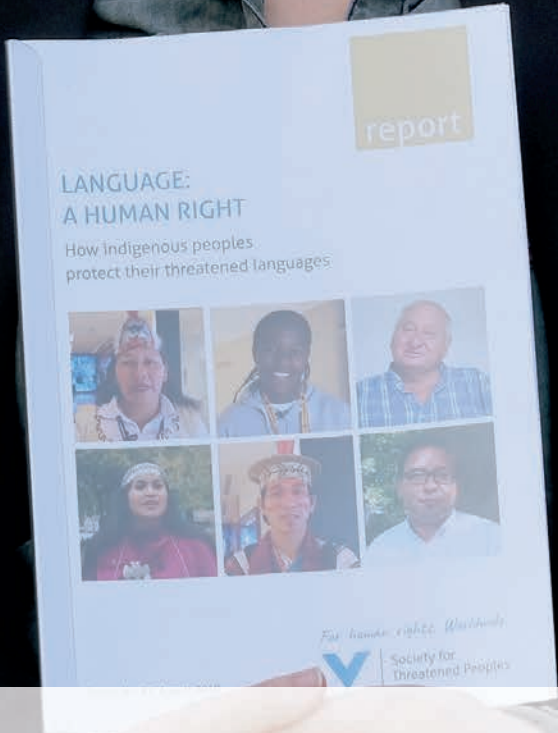
Dolkun Isa, Präsident des Weltkongresses der Uiguren



- ✓ Durch unsere Vermittlung konnte der Uigure Dolkun Isa bei einer Veranstaltung in der deutschen UN-Vertretung über die Lage seiner Landsleute informieren.
- ✓ Wir konnten dazu beitragen, dass die Kasachin Sayragul Sautbay nicht nach China abgeschoben wurde und jetzt mit ihrer Familie in Sicherheit ist.
- ✓ Der uigurische Sprachforscher Mutällip Sidiq Qahiri wurde durch unsere gemeinsam mit seinem Sohn Tahir geleistete Öffentlichkeitsarbeit aus der Haft entlassen.

- ✓ **Medienecho:** Zur Situation in der westchinesischen Provinz Xinjiang haben wir uns über immer wieder geäußert. Unsere Pressekonzferenz mit einem ehemaligen Lagerhäftling stieß auf reges Interesse. Im Zuge der Veröffentlichung geleakter Dokumente, den sogenannten China Cables, war unsere Expertise über Wochen in fast allen großen und zahlreichen kleineren Medien gefragt.

Eine Stimme für die,
die keine
Stimme haben



Regina Sonk, GfbV-Referentin für indigene Völker, stellte auf einem von uns organisierten Side Event bei den Vereinten Nationen in Genf unseren Report über die Gefährdung indigener Sprachen vor.

Foto: Hanno Schedler/GfbV

Einsatz für Menschenrechte bei den Vereinten Nationen

Seit 1993 nutzt die Gesellschaft für bedrohte Völker ihren beratenden Status beim Wirtschafts- und Sozialrat der Vereinten Nationen (UN), um bedrohten Minderheiten und Nationalitäten sowie indigenen Gemeinschaften auf internationalem Parkett eine Stimme zu geben. Im Jahr 2019 thematisierten wir in schriftlichen und mündlichen Stellungnahmen beim UN-Menschenrechtsrat in Genf unter anderem die prekäre Lage der Zivilbevölkerung im kriegsgeplagten Jemen, die Situation der christlichen und muslimischen Minderheiten in Sri Lanka, die Verfolgung von Minderheiten in Indien, den Kampf der Regierung Bolsonaro gegen die indigenen Völker Brasiliens, die sich verschlechternde Menschenrechtsslage in Vietnam, den anhaltenden Genozid an den Rohingya in Myanmar/Burma und ihre Lage in den Flüchtlingslagern in Bangladesch.

Darüber hinaus ermöglichten wir Minderheitenangehörigen, ihre Situation bei den UN selbst darzulegen. So konnten Menschenrechtlerinnen aus dem Kaukasus im Frühjahr auf der 63. UN-Frauenkonferenz berichten. Im März organisierten wir gut besuchte Side Events während des UN-Menschenrechtsrates in Genf. Gemeinsam mit Betroffenen informierten wir dabei über deren Lage in Tibet und Myanmar/Burma. Repräsentantinnen der Rohingya begleiteten wir bei ihrem Gespräch mit der UN-Sonderberichterstatterin für Myanmar, Yanghee Lee.

Diplomat*innen, die sich ein möglichst genaues Bild von der Menschenrechtsslage in anderen Län-

dern machen möchten, besuchen unsere Side Events. So können wir dazu beitragen, dass außen- und wirtschaftspolitische Leitlinien der Situation der Menschenrechte in den jeweiligen Ländern angepasst und der Propaganda diktatorisch regierter Staaten Fakten entgegengesetzt werden.

Das gelang beim *Permanenten Forum für indigene Angelegenheiten* im Frühjahr 2019 in New York. Die GfbV wurde dort von unserer Expertin Eliane Fernandes Ferreira, die Indigene aus Brasilien begleitete, und dem Uiguren Dolkun Isa repräsentiert. Dolkun Isa informierte bei einer Veranstaltung in der deutschen UN-Vertretung über Umerziehungslager in China, in denen die kulturelle Identität der uigurischen, kasachischen und kirgisischen Volksgruppe ausgelöscht werden soll. Chinesische Delegierte bezeichneten Dolkun Isa wieder einmal als Terroristen. Der deutsche UN-Botschafter Christoph Heusgen nahm den friedlichen Kämpfer für Menschenrechte muslimischer Nationalitäten jedoch demonstrativ in Schutz.

Auf einem mit der schweizerischen Menschenrechtsorganisation für indigene Gemeinschaften, Incomindios, durchgeführten Side Event über die Erwartungen an das Internationale Jahr der indigenen Sprachen stellten wir unseren Report über deren Gefährdung vor. Wir bekräftigten die Forderung sehr vieler indigener Gemeinschaften nach einer UN-Dekade für indigene Sprachen. Sie wurde Ende 2019 tatsächlich ausgerufen und begann im Januar 2020.



“ Dass Indigene als Opfer von Verfolgung und Unterdrückung vor UN-Gremien gehören, Schuldige beim Namen genannt und bloßgestellt werden, ist ganz entscheidend.“

Eliane Fernandes Ferreira



✓ Bei Side Events im Rahmen der März-Sitzung des UN-Menschenrechtsrates informierten wir Staatenvertreter über die Menschenrechtsslage in Tibet und Burma/Myanmar.

✓ Die geforderte UN-Dekade für indigene Sprachen wurde auch durch unseren Einsatz Realität. Sie beginnt im Januar 2022.

Die GfbV in Berlin: Allianzen schmieden – Fürsprecher gewinnen

Da in der Hauptstadt Ministerien, Parlament, Medien und viele zivilgesellschaftliche Organisationen ansässig sind, ist es auch für die GfbV wichtig, dort vertreten zu sein. Seit April 2019 ist Linda Fiene, Lobbyreferentin der GfbV, für unser Berliner Büro verantwortlich.

Die neuen Räumlichkeiten in Berlin-Charlottenburg teilt sie sich mit Mitarbeitenden der Föderalistischen Union Europäischer Nationalitäten (FUE) und der Jugend Europäischer Volksgruppen (JEV).

Ein Schwerpunkt unseres Hauptstadtbüros ist Lobbyarbeit. In Berlin vor Ort sind wir nah am politischen Geschehen und können leichter an Veranstaltungen sowie politischen Gesprächen teilnehmen. 2019 konnten neue Kontakte geknüpft und bestehende Verbindungen gepflegt werden. Durch regelmäßigen Kontakt zu Ministerien und Bundestagsabgeordneten bemühte sich die GfbV kontinuierlich, menschenrechtliche Themen zu platzieren und auf Entscheidungen Einfluss zu nehmen. Wichtig war auch die Vernetzung mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Stiftungen. Im ständigen Austausch mit dem Team in Göttingen unterstützte Linda Fiene unsere inhaltliche Arbeit und Aktionen in Berlin und machte die GfbV dort so bekannter.

Zu den Höhepunkten gehörte 2019 die Begleitung einer elfköpfigen indigenen Delegation aus

Brasilien, die im Oktober unter dem Motto „Indigenous Blood: Not a Single Drop More“ nach Europa kam. In Kooperation mit anderen Organisationen war das Berliner GfbV-Büro für die Planung und Durchführung des Reiseabschnitts in Deutschland verantwortlich. Bei öffentlichen Veranstaltungen mit Politik, Wirtschaft, Wissenschaft sowie Fridays for Future machten die Indigenen auf die menschenrechtliche Situation in Brasilien, die Zerstörung des Amazonas und die Bedrohung von indigenen Aktivist*innen aufmerksam. Sie beeindruckten mit wortgewandten und emotionalen Reden und verschafften sich viel Aufmerksamkeit.

Unsere Referentinnen Regina Sonk und Linda Fiene sowie unsere Brasilienkoordinatorin Eliane Fernandes Ferreira begleiteten die Delegation aufregende fünf Tage lang in Berlin. Das stärkte auch die Zusammenarbeit mit Indigenen in Brasilien. Gemeinsam schafften wir Plattformen, um ihre Forderungen hier zu verbreiten. Die Gespräche mit Politiker*innen in der Hauptstadt sowie mit Unternehmen in München, deren wirtschaftliches Handeln in Brasilien großen Einfluss auf indigene Gemeinschaften hat, waren für die Delegation zentral. Gleichzeitig bildeten wir ein Netzwerk von Umwelt- und Menschenrechtsorganisationen hier in Deutschland, um Indigene in Brasilien künftig besser unterstützen zu können.



Linda Fiene, GfbV-Referentin für Lobbyarbeit in Berlin, beteiligt sich auch aktiv an Aktionen befreundeter NGOs und stärkt so Initiativen, unsere gemeinsamen Ziele zu erreichen.

Foto: Archiv

Menschenrechtsarbeit digital

Facebook, Twitter, Instagram – 24 Stunden, sieben Tage die Woche, das Internet schläft nie und das Angebot ist riesig. Wir konsumieren, teilen, informieren und tragen unsere Meinung in die Welt hinaus. Für Betroffene, aber auch für unsere Menschenrechtsarbeit werden die Sozialen Medien immer wichtiger. Wir versuchen mithilfe von Facebook und Co, Öffentlichkeit für bedrohte Minderheiten herzustellen. Nicht selten bitten sie uns über die sozialen Netzwerke aber auch direkt um Hilfe.

Mit Videos, Blogbeiträgen, Audioaufnahmen oder Fotos zeigen wir Schicksale von Menschen, die vertrieben, bedroht, entführt oder unterdrückt werden. Dabei ist Facebook für uns das wichtigste Medium: Mehr als 12.000 Menschen verfolgen dort täglich unsere Beiträge. Seit Oktober machen wir jeden Montag unter dem Schlagwort „Seite an

“*Die Gfbv hat wirklich viel praktische Hilfe und Unterstützung für die verfolgte Menschen gemacht. Wir sollten sie alle unterstützen.*“

Lanner Li via Facebook 13. Januar

Seite“ auf jüdisches Leben, jüdische Bräuche oder antisemitische Hetze aufmerksam, um den zunehmenden Antisemitismus in Deutschland sichtbar zu machen. Dabei rufen wir dazu auf, unsere Beiträge zu teilen. So erzielen wir eine große Reichweite.

Die Zahl der Menschen, die der GfbV auf dem visuellen Medium Instagram folgen, ist um mehr als 50 Prozent gestiegen. Viele junge Leute informieren sich hier über Politik, Wirtschaft und das Tagesgeschehen. Umfragen oder Quizbeiträge ermöglichen es uns, mit dieser Zielgruppe zu interagieren.



„ Ich bin seit vielen Jahren Mitglied in der Gesellschaft für bedrohte Völker, hinter deren Motto „Auf keinem Auge blind“ - Schutz und Unterstützung für bedrohte und verfolgte Minderheiten weltweit - ich voll und ganz stehe und deren Aktivitäten ich gerne unterstütze. Eine gute und wichtige Arbeit! Macht weiter so!“

Martina Preisher auf Facebook am 02. Dezember

Beim Kurznachrichtendienst Twitter werden Beiträge minütlich geteilt und gelesen. Über diesen Weg schreiben uns viele Menschen an, zum Beispiel um uns auf wichtige Meldungen aufmerksam zu machen oder sich für unsere Arbeit zu bedanken. Leider nimmt der Hass im Netz zu. Auch über unsere Beiträge entbrennen Diskussionen, die beleidigende oder herabwürdigende Kommentare enthalten. Darauf müssen wir schnell reagieren, sie löschen und blockieren.

Unsere Homepage sowie unser Blog – im neuen Design – liefern viele Hintergrundinformationen. Da berichten wir beispielsweise über Reisen unserer Referenten und Referentinnen, veröffentlichen weiterführende Berichte unserer Praktikantinnen und Praktikanten. Bilder machen die Blogbeiträge anschaulich. Unsere Homepage bringt unsere aktuellen Pressemitteilungen, informiert über die Menschenrechtsslage in verschiedenen Ländern, über unsere Projekte, unser Team und vieles mehr. Nach wie vor wird sie viel genutzt. Audiobeiträge erfreuen sich wachsender Beliebtheit. Auf Soundcloud sind unsere Interviews und Gespräche über verschiedenste Themen zu hören. Nach wie vor produzieren wir zahlreiche informative Videos: Über kleine Cartoonfilme, die Hintergrundinformationen darstellen, bis hin zu Interviews mit unseren Partnerorganisationen ist die Bandbreite vielseitig. Die Filme werden auch Monate später noch gern geschaut, da sie zeitlos sind und prägnant die Menschenrechtsslage in diversen Ländern schildern.

Alle zwei Wochen verschicken wir einen Newsletter und berichten über aktuelle Kampagnen oder laden zu Veranstaltungen und Menschenrechtsaktionen ein.



Unser Menschenrechtsmagazin bedrohte Völker – pogrom

Gemeinsam mit unseren Leserinnen und Lesern tauchten wir mit den sechs Ausgaben unseres Menschenrechtsmagazins „bedrohte Völker – pogrom“ ein in die verschiedensten Lebensrealitäten von Minderheiten und indigenen Völkern auf der ganzen Welt. Die Titelthemen der Ausgaben, die 2019 planmäßig erschienen, waren in diesem Jahr:

310–01/2019:

Bildung für alle: Wege und Hindernisse

Bildung ist ein Menschenrecht. Doch gerade die Sprachen von Minderheiten, unterdrückten Nationalitäten oder indigenen Völkern sind an Schulen kaum oder gar nicht repräsentiert. Dabei hält Sprache das Wissen um die eigene Kultur lebendig. Ihr Verlust kann die kulturelle Identität einzelner oder sogar eines ganzen Volkes gefährden.

311–02/2019:

Digitalisierung: Chancen und Gefahren

Die Digitalisierung scheint unendlich viele Möglichkeiten zu eröffnen. Indigene Völker schützen zum Beispiel per GPS die Grenzen ihrer Territorien. Die Volksrepublik China dagegen errichtet einen digitalen Überwachungsstaat. In solchen Ländern bietet ausgerechnet das sogenannte Darknet einen der wenigen Rückzugsräume für Menschenrechtler*innen oder Journalist*innen.

312–03/2019:

In Gefahr: Menschen der Inseln

Inseln sind Lebensräume großer Vielfalt – trotz ihrer durch das Wasser so klar definierten Grenzen. Erst vom Festland weitestgehend isoliert, erhielten sie bald strategische Bedeutung für die Wirtschaft, das Militär oder den Tourismus. Man-





ches dadurch entstandene Unrecht hält bis heute an. Darüber hinaus bekommen Menschen der Inseln immer deutlicher die Folgen des Klimawandels zu spüren.

313 – 04/2019:

Druck auf Minderheiten: Globale Handelswege

Die Welt ist durch den globalen Handel klein geworden – alles ist mit allem verbunden. Doch Minderheiten und indigene Völker profitieren selten von ehrgeizigen Projekten wie Chinas Neuer Seidenstraße, einer neuen Pipeline zwischen Russland und Deutschland oder dem Sojageschäft in Brasilien. Im Gegenteil: Sie sind deswegen oft schweren Menschenrechtsverletzungen ausgesetzt.

314 – 05/2019:

Mauern (überwinden): Grenzen unserer Welt

Vor 30 Jahren fiel die Berliner Mauer. Doch in anderen Teilen der Welt schossen befestigte Grenzanlagen empor. Sie trennen Menschen, Gesellschaften, sogar Familien voneinander. Doch nicht nur durch physische, auch durch Mauern im Kopf stoßen Menschen immer wieder an Grenzen. All' diese gilt es heute noch, 30 Jahre nach dem Mauerfall bei uns, zu überwinden.

315 – 06/2019:

Welt der Vielfalt: Bräuche, Sagen und Mythen

Was zeichnet verschiedene Kulturen aus? Zum Beispiel ihre ganz eigenen Bräuche, Mythen und Geschichten. Gemeinsamkeiten verstecken sich dort, wo wir sie kaum erwarten. Unterschiede eröffnen neue Denkweisen und bringen uns Minderheiten und indigenen Völkern ganz nahe.

Unsere Welt ist reich an Vielfalt. Persönliche Schicksale und jene ganzer Gemeinschaften hängen an der Wahrung der Menschenrechte und der Aufmerksamkeit für Menschenrechtsverletzungen. Mit unserer Zeitschrift tragen wir einen Teil zu dieser Aufmerksamkeit bei.

Die Regional- und Aktionsgruppen der GfbV

In 15 Städten waren 2019 in ganz Deutschland Ehrenamtliche in unseren Regionalgruppen aktiv für Menschenrechte. Darüber hinaus gibt es drei überregionale Aktionsgruppen zu selbst gewählten Themen, deren Mitglieder meist online miteinander in Kontakt stehen und wichtige Menschenrechtsinitiativen entwickeln. All diese ehrenamtlichen Gruppen leisten wertvolle Arbeit vor Ort: Sie organisieren Büchertische, Filmvorführungen, Vorträge und Ausstellungen, führen Menschenrechtsaktionen durch oder sind Ansprechpartner für Hilfe suchende Flüchtlinge. Es gibt Gruppen, die seit Jahren oder gar Jahrzehnten bestehen und in ihrem Ort schon zu einer festen Institution geworden sind. Andere Gruppen – vor allem in Universitätsstädten – sind durch hohe Fluktuation ihrer studentischen Mitglieder in ständigem Wandel und widmen sich häufig neuen Arbeitsschwerpunkten.

Diese unersetzliche, ehrenamtliche Arbeit hatte 2019 große Wirkung. So beteiligten sich unsere Aktiven zum Beispiel mit Lichtermahnwachen und der Einsendung von hunderten Fotos an unserer Weihnachtsaktion „Ein Licht für verschleppte Yezidinnen“. Bei der Übergabe der Fotos im Auswärtigen Amt zeigte sich Dr. Bärbel Kofler, Beauftragte der Bundesregierung für Menschenrechtspolitik und Humanitäre Hilfe, bewegt. Sie sagte: „Das ist eine ganz wichtige Initiative. Das schreckliche Schicksal der verschleppten Yezidinnen darf nicht vergessen werden.“

Unsere Regionalgruppen wählen jedes Jahr eine Vertretung auf ihrer Bundesregionalgruppenkonferenz. Sie fand 2019 vom 5. bis 7. April in Göttingen statt. Unsere Ehrenamtlichen nutzten dieses Treffen für einen lebhaften Austausch über ihre Initiativen und Ideen. Als Sprecherinnen und Sprecher wählten bzw. bestätigten sie Kajo Schukalla, Gesine Gerdes und Anna Hobbiebrunken.

Vielleicht haben Sie ja auch Lust, sich in einer Regional- oder Aktionsgruppe zu engagieren oder eine neue Gruppe in ihrer Stadt zu gründen. Zurzeit gibt es Gruppen in: Aachen, Berlin, Bielefeld, Bremen, Bonn, Düsseldorf, Eisenach, Göttingen, Hamburg, Hannover, Karlsruhe, Köln, München, Münster und Nürnberg. Eine Übersicht über ihre Aktivitäten sind hier zu finden:

www.gfbv.de/de/aktiv-werden/regionalgruppen



Die Regionalgruppe Hamburg beteiligt sich an der bundesweiten GfbV-Weihnachtsaktion „Ein Licht für verschleppte Yezidinnen“.

Foto: GfbV

Geschäftsführung und Finanzen

Menschenrechtsarbeit verursacht vor allem **Personal- und Reisekosten**. Im Kalenderjahr 2019 beschäftigte die GfbV im Jahresdurchschnitt 20 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in Voll- oder Teilzeit. Häufig reisen sie mit dem Zug zu Gesprächen mit politischen Ausschüssen und Parlamentarier*innen, mit Kirchenvertreter*innen, zu Kongressen oder Podiumsdiskussionen. Oft begleiten wir auch Sprecherinnen und Sprecher bedrohter Völker zu wichtigen Terminen. Oder wir vertreten ihre Anliegen bei den UN in Genf. Für Menschenrechtsaktionen oder Infostände etwa auf dem Kirchentag oder auf Messen sind meist mehrere von uns unterwegs.

Uns entstehen **Druck- und Vertriebskosten** für unsere Kampagnenblätter, die wir mehrmals im Jahr verbreiten, aber auch für Reporte und Memoranden, Postkartenaktionen und Rundbriefe. Unter Werbe-, Öffentlichkeits- und Pressearbeit fallen nicht nur die Herstellung von Veranstaltungsplakaten, Handzetteln oder Transparenten. Darin sind auch die Aufwendungen für unsere Menschenrechtsaktionen gefasst, ohne die sich Medien und Öffentlichkeit wohl längst nicht so oft für unsere Themen interessiert hätten. Auch die Pflege unserer Presseverteiler und die Verbreitung unserer Pressemitteilungen, von denen jede Woche mehrere erscheinen, verursachen Kosten.

Die GfbV finanziert ihre Menschenrechtsarbeit in erster Linie durch Spenden und regelmäßige Beiträge ihrer Mitglieder und Förderer. Wir freuen uns 2019 besonders auch über die uns zugedach-

ten Erbschaften und Vermächtnisse. All dies gewährleistete unsere parteipolitische und ideologische Unabhängigkeit.

Aufwandsentschädigungen Ehrenamtliche - Vergütung Hauptamtliche

Vorstand, Rechnungsprüfer, Schiedskommission, Finanzbeirat und Beirat sind ehrenamtlich tätig. Es werden lediglich nachgewiesene Kosten wie Reisekosten ersetzt. Darüber hinaus kann Vorstandsmitgliedern eine Vergütung im Rahmen der Freibeträge nach § 3 Nr. 26 a EStG gezahlt werden. Im Jahr 2019 wurden an fünf Vorstandsmitglieder Aufwandsentschädigungen i.H.v. insgesamt 3.600,00 EUR gezahlt.

Unsere seit dem 21.06.2016 geltende Betriebsvereinbarung (BV) ist Ende Januar 2020 ausgelaufen, und es wird zurzeit eine neue erarbeitet, die der aktuellen Personalstruktur und den neuen gesetzlichen Anforderungen angepasst werden soll. 2019 sah die Betriebsvereinbarung noch fünf Entgeltstufen mit jeweils fünf Entgeltgruppen vor - Angestellte in Verwaltung und Vertrieb, im Aktionsreferat, in der Buchhaltung, Referent*innen sowie Angestellte mit besonderer Verantwortung. Innerhalb der Gehaltsstufen gab es jeweils fünf Aufstiegsstufen, die sich an der Dauer der Betriebszugehörigkeit orientierten. Sie wurden nach dem ersten, dritten, fünften, zehnten und fünfzehnten Jahr der Anstellung bei der GfbV erreicht. Auf einer Vollzeitstelle mit 40 Wochen

arbeitsstunden sollte ein*e Angestellte*r in der geringsten Stufe 1.479,00 EUR und ein*e Referent*in oder Buchhalter*in mit besonderer Qualifikation und Verantwortung mit mindestens 15-jähriger Zugehörigkeit auf der höchsten Stufe bis zu 3.443,20 EUR verdienen. Die niedrigste angewandte Gehaltsstufe bei der GfbV bei Vollzeit beträgt 2.344 EUR (Gruppe 2b der BV). Die Betriebsvereinbarung galt nicht für leitende Angestellte i. S. des § 5 BetrVG.

Die Jahresgesamtbezüge für alle Mitarbeiter der GfbV in 2019 belaufen sich auf
616.630,17 EUR.

Von einer Nennung der Jahresvergütung mit zugeordneten Funktionen hauptamtlicher Mitarbeiter*innen der Leitung der GfbV haben wir Abstand genommen, da aufgrund der Größe unserer Organisation Rückschlüsse auf die jeweiligen Personen möglich wären. Sie haben zudem einer namentlichen Nennung widersprochen, denn in dem Fall wäre eine mittelbare Identifikation möglich.

Wichtige Gremien der GfbV e.V.

Mitgliederversammlung

Die Mitgliederversammlung wählt alle zwei Jahre die fünf Mitglieder unseres Vorstands, eine dreiköpfige Schiedskommission und jedes Jahr zwei ehrenamtliche Rechnungsprüfer*innen, die alljährlich im Auftrag des Vereins die Verwendung der Spendengelder sowie die Arbeit der Bundesgeschäftsstelle prüfen. Jedes Mitglied, das der GfbV mindestens drei Monate vor unserer Mitgliederversammlung beigetreten ist und seinen Beitrag vollständig entrichtet hat, hat eine Stimme.

Vorstand

Unser ehrenamtlicher Vorstand ist für alle Angelegenheiten des Vereins zuständig und unser finanz- und personalverantwortliches Gremium. Er orientiert sich an den in der Satzung definierten Aufgabenbereichen (§ 7). Er führt die laufen-

den Geschäfte, insbesondere die Ausgestaltung unserer politischen Arbeit, delegiert diese Aufgaben jedoch an die dafür angestellten hauptamtlichen Kräfte. Der Vorstand bereitet die Mitgliederversammlung vor und ist dafür verantwortlich, dass die dort getroffenen Beschlüsse ausgeführt werden. Der Vorstand ist das finanz- und personalverantwortliche Gremium. Weitere Aufgaben des Vorstandes ergeben sich aus der Satzung.

Beirat

Der GfbV-Beirat besteht aus mindestens fünf Mitgliedern, berät und unterstützt die Mitgliederversammlung und unseren Vorstand. Dieser beruft Personen in den Beirat, die durch ihr öffentliches Wirken in besonderem Maße unsere Ziele unterstützen. Der Vorstand hat bei der Erarbeitung des Jahresprogramms sowie für wichtige politische Entscheidungen die besonderen Fachkenntnisse und Kontakte der Beiratsmitglieder zu nutzen.

Experten

Mindestens 40 Expertinnen und Experten arbeiteten 2019 weltweit ehrenamtlich mit der GfbV zusammen. Die Experten beraten die GfbV-Referent*innen, knüpfen Kontakte zu Betroffenen und stellen ihr spezifisches, tiefgehendes Wissen über einzelne Länder und Regionen sowie ethnische und religiöse Minderheiten kostenlos zu Verfügung.

Regionalgruppen

Ohne das ehrenamtliche Engagement vieler Menschen könnte die Arbeit der GfbV nicht funktionieren. Unsere 15 Regionalgruppen (RG) sind für uns durch nichts zu ersetzen und ein wichtiger Teil unserer Menschenrechtsorganisation. Sie werden vom Vorstand und Bundesbüro gefördert, organisieren Informationsveranstaltungen und Mahnwachen, werben für Unterstützung von Projekten und Kampagnen. Ihre Stellung und Tätigkeit sind in unserem für alle verbindlichen Re-

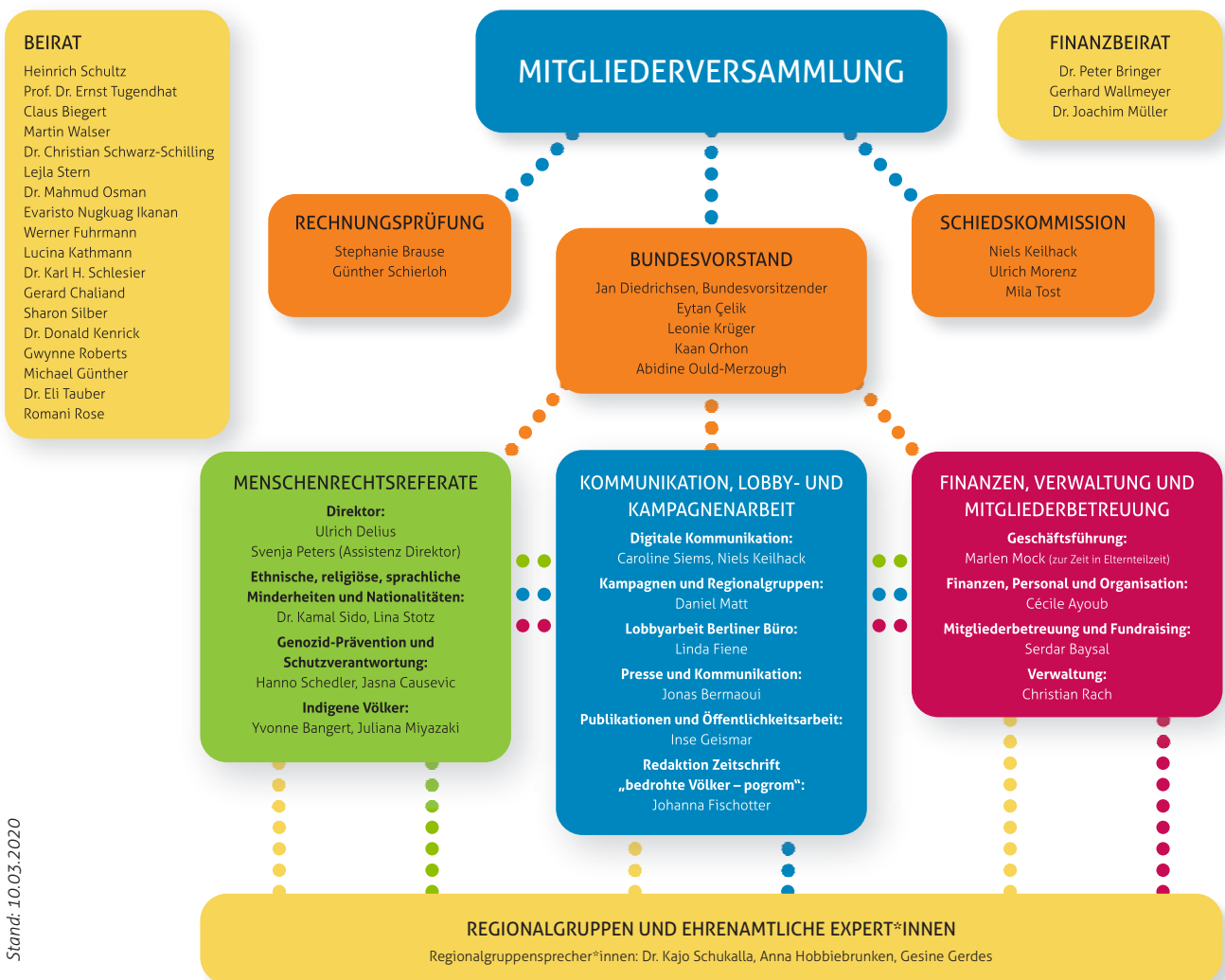
gionalgruppenstatut geregelt. Alljährlich sind alle Regionalgruppen-Mitglieder zu einem Regionalgruppentreffen eingeladen.

Mitgliedschaften

Die Gesellschaft für bedrohte Völker arbeitet von Fall zu Fall mit anderen Menschenrechtsorganisationen und Umweltgruppen zusammen. Wir geben gemeinsam mit ihnen Pressemitteilungen heraus oder kooperieren erfolgreich bei Veranstaltungen. Mitglied sind wir bei: Adivasi-Koordi-

nation in Deutschland e.V. (Kassel), Burma Global/European Burma Human Rights Network (London), Forum Menschenrechte (Berlin), International Coalition for the Responsibility to Protect (ICRtoP, New York), International Tibet Network (London), Klima-Allianz Deutschland (Berlin), Koordination ILO 169 (Deutschland) und Sudan Forum e.V. (Hildesheim). Außerdem gehört die GfbV zum 2015 gegründeten Bündnis für Solidarität mit den Sinti und Roma Europas (Berlin) und ist Partnerin von Nobody's Listening (London).

ORGANISATIONSTRUKTUR Gesellschaft für bedrohte Völker



Stand: 10.03.2020

Der Sitz der Bundesgeschäftsstelle der Gesellschaft für bedrohte Völker Deutschland ist Göttingen.



Eine Zukunft

für die Kinder bedrohter Völker

Für viele christliche Kinder im Irak waren die Ängste, die ihre Familien auf der Flucht vor Islamisten durchstehen mussten, ein traumatisches Erlebnis.

Foto: Christiaan Triebert Flickr CC BY-NC 2.0



Kinder sind Hoffnung und Zukunft jeder Gemeinschaft. Sie brauchen Schutz, Sicherheit und Geborgenheit. Das würdigt auch die UN-Kinderrechtskonvention, die seit 30 Jahren gilt. Krieg, Vertreibung und Verfolgung treffen Kinder besonders hart. Aber auch seelische Verletzungen etwa durch Diskriminierung oder Ausgrenzung können sie lange quälen. Gerade Kinder ethnischer und religiöser Minderheiten sind da besonders gefährdet.

Die Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV) verteidigt die Menschenrechte dieser Minderheiten und hilft so ihren Kindern. Wir alarmieren die Öffentlichkeit, wenn ihr Leiden übersehen wird wie im Krieg im Südsudan. Dort fallen Armee und Milizen über kleinere Gemeinschaften her, verüben Massaker, rekrutieren Kindersoldaten. Wir engagieren uns für die „Kinder des Krieges“ im Irak. Sie kamen auf die Welt, weil Islamisten ihre Mütter vergewaltigt haben. Ein Großteil der Yeziden lehnt diese unschuldigen Kinder ab.

Wir kämpfen dafür, dass die Kinder der Rohingya in den Flüchtlingslagern in Bangladesch endlich Schulen bekommen. So können sie eine Zukunft für die Kinder bedrohter Völker: Unsere Aussendung kurz vor dem Weihnachtsfest brachte uns viel Zuspruch.

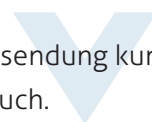
Kinder in Afrika. Menschenhändler machen Jagd auf sie, weil ihre Gliedmaßen magische Kräfte verleihen sollen. Wir setzen uns dafür ein, dass indigene Kinder ihren Platz in der Welt finden. Wichtig dafür ist, dass ihre Sprachen stärker gefördert werden. Viele von ihnen drohen unterzugehen und mit ihnen die Vielfalt dieser Welt, die wir erhalten wollen.

Bitte unterstützen Sie mit Ihrer Spende unsere Menschenrechtsarbeit für Minderheiten.

Wir engagieren uns dafür, dass die Kinder bedrohter Völker eine gute Zukunft haben.

Vielen herzlichen Dank!

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker

Finanzen

Transparenz und Kontrolle

Die Übersicht über unsere Finanzen für das Geschäftsjahr 2019 wurde nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und den Vorgaben der IDW Stellungnahme zur Rechnungslegung von Vereinen (IDW RS HFA 14) und Besonderheiten der Rechnungslegung Spenden sammelnder Organisationen (IDW RS HFA 21) erstellt. Die GfbV unterzieht sich jährlich der freiwilligen Bewertung unter Berücksichtigung der Leitlinien des Deutschen Zentralinstituts für soziale Fragen (DZI). Die Rechnungslegung erfolgte auf der Basis einer ordnungsgemäßen Buchführung und kaufmännischer Prinzipien.

Wirtschaftsprüfung

Der Jahresabschluss für die GfbV wird regelmäßig durch eine Wirtschaftsprüfungsgesellschaft geprüft. Die Prüfung für das Geschäftsjahr 2019 erfolgte ohne Unterbrechung im März 2020 durch die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Beckmann & Partner mbB (Göttingen), mit Datum vom 24. März 2020 wurde ein uneingeschränkter Bestätigungsvermerk erteilt.

Rechnungsprüfung

Einmal jährlich prüfen unsere beiden Rechnungsprüfer*innen in unserer Bundesgeschäftsstelle in Göttingen ehrenamtlich unsere Kasse. Für 2019 fand aufgrund der Corona-Krise die Prüfung am 26. Mai 2020 statt. Die Rechnungsprüfer*innen empfehlen die Entlastung des Vorstandes.

DZI

Das Deutsche Zentralinstitut für soziale Fragen (DZI) prüft jährlich, ob die GfbV das Spendensiegel erneut zuerkannt bekommt. Mit dem Siegel wird eine wirtschaftliche und satzungsgemäße Verwendung der Spenden bescheinigt. Es ist Zeichen sorgfältig geprüfter Seriosität und Spendenwürdigkeit und wird der GfbV e.V. seit 2007 regelmäßig zuerkannt.

Controlling

Für jedes Geschäftsjahr wird ein Haushaltsplan erstellt, der vom Vorstand genehmigt wird. Die Einhaltung dieses Plans wird durch ständigen Soll/Ist-Vergleich nachgehalten. Statistiken werden tagesaktuell gepflegt. Der Vorstand erhält regelmäßige Finanzberichte.

Einnahmen

Wer der GfbV spendet, unterstützt unsere Arbeit für ethnisch und religiös verfolgte Minderheiten. Dazu gibt es vielfältige Möglichkeiten: Treue Dauerspender*innen, Mitglieder sowie Förderinnen und Förderer unterstützen uns regelmäßig. Einige Menschen berücksichtigen die GfbV in ihrem Testament, um sich über den Tod hinaus für eine friedliche Zukunft zu engagieren. An Bußgeldern wurden uns 2019 nur noch 200 EUR zugewiesen. Deshalb haben wir uns allen Richter*innen und Staatsanwält*innen in Niedersachsen mit der Zusendung eines Infoblattes in Erinnerung gebracht.

Im Geschäftsjahr 2019 lagen die Gesamteinnahmen 26.960,13 EUR über denen des Vorjahres. Dies liegt vor allem an den Erträgen aus Spenden. Diese machen fast 47 Prozent unserer Einnahmen aus und sind neben den Mitgliedsbeiträgen die wichtigste finanzielle Säule. Aufwandswirksam verbrauchte Spenden sind von 451.608,77 EUR in 2018 auf 659.250,12 EUR in 2019 (+ ca. 46 %) gestiegen. Somit konnten notwendige Ausgaben (ca. 207.600 EUR) im ideellen Bereich finanziert werden.

Für den Ausweis der Spendeneingänge sind die besonderen Vorgaben der IDW Stellungnahmen zur Rechnungslegung und die Leitlinien des DZI zu beachten. Bei der in der Gewinn- und Verlustrechnung unter Spendererträge angegebenen Summe von 659.250,12 EUR handelt es sich nicht um 2019 tatsächlich eingegangene Spenden, sondern um die in 2019 aufwandswirksam verwendeten Spenden. Die tatsächlich verein-

nahmte Spendensumme beträgt demgegenüber 518.599,15 EUR und ist auf Vorjahresniveau.

Der Mehrverbrauch, also die Differenz zwischen vereinnahmten und verausgabten Spenden in Höhe von 140.650,97 EUR, wurde aus dem Vermögensbestand nicht verbrauchter Spendenmittel entnommen. In diesem Vermögensbestand sind vor allem die Erbschaften der letzten Jahre eingeflossen, die über die nächsten Jahre verteilt den Satzungszwecken entsprechend für die Menschenrechtsarbeit der GfbV wieder ausgegeben werden müssen. Der Vermögensbestand der „noch nicht verbrauchten Spendenmittel“ zum 31. Dezember 2019 beträgt 2.241.570,65 EUR.

Die Beiträge unserer Mitglieder, Förderinnen und Förderer bleiben weiterhin stabil. Der Mitglieder-rückgang von 1,03 Prozent im Jahr 2018 hat sich erneut verringert und lag im Geschäftsjahr 2019 bei nur noch 0,66 Prozent. Am 31.12.2019 hatte die GfbV-Deutschland 4.714 Mitglieder und 628 Förderinnen und Förderer. Unsere Zeitschrift „bedrohte Völker - pogrom“ wurde von 3.119 Leserinnen und Lesern abonniert. Das ist ein geringfügiger Rückgang unserer Abonnent*innen um 0,8 Prozent.

Ausgaben

Im Bereich der Programmausgaben haben sich die Personalausgaben erhöht, weil ein Honorarvertrag ausgelaufen ist. Außerdem konnten wir die Druckkosten für unsere Zeitschrift und für das Layout unseres Bildkalenders senken.

Die Gesamtausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit sind nahezu identisch zum Vorjahr. Die Erhöhung der anteiligen Personalkosten konnte durch geringere Portokosten und veränderte Kostenstruktur bei den Versandarbeiten ausgeglichen werden.

Wir konnten die Ausgaben in unserer Verwaltung um 28.034,27 EUR verringern, weil wir in 2019 keine zusätzlichen Rechts- und Beratungskosten für unseren Organisationsentwicklungsprozess mehr aufwenden mussten

Der Jahresüberschuss von 49.065,04 EUR wird - wie in Vorjahren - auf neue Rechnung vorgetragen und steht dem Verein zur Erfüllung der satzungsgemäßen Zwecke zur Verfügung.

Einnahmen 2019 und 2018

	2019		2018	
	€	%	€	%
Erbschaften	45.131,34	3,22	221.820,25	16,11
Bußgelder	200,00	0,01	0,00	0,00
Mitgliedsbeiträge	512.748,37	36,52	515.190,33	37,41
Mitgliedsbeiträge vereinnahmt	506.317,31	36,06	508.921,23	36,95
Mitgliedsbeiträge ausstehend	6.431,06	0,46	6.269,10	0,46
Förderbeiträge	60.087,36	4,28	60.347,75	4,38
Förderbeiträge vereinnahmt	59.717,36	4,25	59.624,75	4,33
Förderbeiträge ausstehend	370,00	0,03	723,00	0,05
Zuwendungen anderer Organisationen	1.023,55	0,07	260,00	0,02
Ertrag aus dem Spendenverbrauch	659.250,12	46,95	451.608,77	32,79
Vereinnahmte Spenden	518.599,15	36,93	526.478,69	38,23
Erlöse	125.670,68	8,95	127.924,19	9,29
Gesamt	1.404.111,42	100,00	1.377.151,29	100,00

Gewinn- und Verlustrechnung
für die Zeit vom 01. Januar bis 31. Dezember 2019

Erträge	2019, in €	2018, in €
Geldspenden	718.967,48	511.233,52
Spendenerträge	659.250,12	451.608,77
Förderbeiträge	59.717,36	59.624,75
Nachlässe	43.903,96	213.184,57
Mitgliedsbeiträge	506.317,31	508.921,23
Sammlungseinnahmen	1.269.188,75	1.233.339,32
Zuwendungen anderer Organisationen	1.023,55	260,00
Umsatzerlöse aus steuerpfl. Geschäftsbetrieb	1.541,11	1.442,67
Umsatzerlöse aus Zweckbetrieb	122.248,07	123.557,02
Zeitschrift <i>bedrohte Völker</i>	52.000,36	51.475,06
Bildkalender <i>Lebenszeichen</i>	70.247,71	72.081,96
Zins- und Vermögenseinnahmen	1.984,50	2.924,50
Sonstige Einnahmen	3.798,84	5.411,13
Summe	1.399.784,82	1.366.934,64
Aufwendungen		
	2019, in €	2018, in €
Programmausgaben		
Personalausgaben	603.280,29	503.129,20
Sach- und sonstige Ausgaben	404.950,66	450.877,05
Ausgaben für Werbung und Öffentlichkeitsarbeit		
Personalausgaben	60.563,99	50.509,71
Sach- und sonstige Ausgaben	52.191,00	63.277,19
Verwaltungsausgaben		
Personalausgaben	122.701,08	102.331,36
Sach- und sonstige Ausgaben	104.963,88	153.367,87
Gesamtausgaben	1.348.650,90	1.323.492,38
Ausgaben für Vermögensverwaltung	280,64	332,15
Ausgaben des steuerpflichtigen wirtschaftlichen Geschäftsbetriebs	1.788,24	2.385,48
Summe	1.350.719,78	1.326.210,01
Jahresüberschuss	49.065,04	40.724,63





Vom 5. bis 7. April 2019 trafen sich Aktive in Göttingen zur Bundesregionalgruppenkonferenz

Foto: GfbV

Bilanz

Die Bilanzsumme in Höhe von 2.327.828,58 EUR ist um 199.876,14 EUR niedriger als im Vorjahr. Im Geschäftsjahr 2019 wurden Anschaffungen in Höhe von 10.418,33 EUR getätigt. Die Abschreibungen des Geschäftsjahres belaufen sich auf 23.436,33 EUR. Die Rückstellungen liegen mit 60.500,00 EUR um 29.500,00 EUR unter denen des Vorjahres.

Von den sonstigen Rückstellungen entfallen 48.000,00 EUR auf Verpflichtungen aus dem Personalbereich.

Die Verbindlichkeiten sind um 78.390,21 EUR gesunken. Der hohe Ausweis der Verbindlichkeiten aus dem Vorjahr ist auf eine zeitliche Buchungsdifferenz beim Geldtransfer von rd. 63.000 EUR zurückzuführen. Dies konnte zum 31.12.2019 vermieden werden. Die Betriebsmittelrücklage über 470.000,00 EUR deckt die laufenden wiederkehrenden Kosten für das erste Halbjahr ab.

Allgemeine finanzielle Lage

Die finanzielle Lage der Gesellschaft für bedrohte Völker ist weiterhin stabil. Das Geschäftsjahr 2019 wurde mit einem Jahresüberschuss von 49.065,04 EUR abgeschlossen. Darüber hinaus bestehen zum Bilanzstichtag noch nicht verbrauchte Spendenmittel in Höhe von 2.241.570,65 EUR.

Die Gesamtsumme der für die Menschenrechtsarbeit aufgewendeten Mittel beträgt **1.350.158,92 EUR**.

Der Bestand an flüssigen Mitteln in Höhe von 2.243.722,29 EUR ist ausreichend, um alle kurzfristig anstehenden Zahlungsverpflichtungen zu begleichen.

Unter Berücksichtigung gleichbleibender Spendeneingänge und eines stabilen Mitgliederbestands, ist die finanzielle Lage der GfBV e.V. zukünftig gesichert.

Bilanz zum 31. Dezember 2019

Aktiva	2019	%	2018	%
	€		€	
Anlagevermögen	33.396,00	1,44	46.414,00	1,84
Immaterielle Vermögensgegenstände	2.300,00	0,10	9.582,00	0,38
Sachanlagen	31.096,00	1,34	36.832,00	1,46
Umlaufvermögen	2.292.689,28	98,49	2.479.305,72	98,08
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	13.427,65	0,58	13.937,35	0,55
Sonstige Vermögensgegenstände	35.539,34	1,53	9.906,61	0,39
Kassenbestand und Guthaben bei Kreditinstituten	2.243.722,29	96,38	2.455.461,76	97,14
Rechnungsabgrenzungsposten	1.743,30	0,07	1.985,00	0,08
Summe Aktiva	2.327.828,58	100,00	2.527.704,72	100,00
Passiva				
Noch nicht verbrauchte Spendenmittel	2.241.570,65	96,29	2.333.156,58	92,30
Noch nicht satzungsgemäß verwendete Spenden				
davon freie Rücklagen € 50.000,00 (Vorjahr € 50.000,00)	2.208.174,65	94,86	2.286.742,58	90,46
davon Betriebsmittelrücklage € 470.000,00 (Vorjahr € 500.000,00)				
Längerfristig gebundene Spenden	33.396,00	1,43	46.414,00	1,84
Sonstige Rückstellungen	60.500,00	2,60	90.400,00	3,58
Verbindlichkeiten	25.757,93	1,11	104.148,14	4,12
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	0,00	0,00	63.133,61	2,50
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	18.362,30	0,79	35.384,59	1,40
Sonstige Verbindlichkeiten	7.395,63	0,32	5.629,94	0,22
Summe Passiva	2.327.828,58	100,00	2.527.704,72	100,00



Im „Horsemanship-Projekt“ erlernen Kinder der Lakota in Süd-Dakota (USA) die traditionelle Reitkunst ihrer Gemeinschaft.

Foto: Wendell & Dolores Yellow Bull

Der Förderverein für bedrohte Völker e.V.

Ein eigenes Pferd oder Reiten lernen – davon träumen viele Teenager auch bei uns. Kinder der Lakota in Süd-Dakota (USA), die im „Horsemanship-Projekt“ in der traditionellen Reitkunst ihrer Gemeinschaft unterrichtet werden, lernen jedoch noch viel mehr: Sie erfahren, wie wichtig ihre überlieferten Werte sind, finden ihre Identität, ihr Selbstbewusstsein wird gestärkt. Das bewahrt viele Kinder aus verarmten oder zerrütteten Lakota-Familien vor Suizid, Alkohol- und Drogenmissbrauch.

Das „Horsemanship-Projekt“ ist eine der Initiativen, die der Förderverein für bedrohte Völker e.V. 2019 unterstützt hat. Er fördert humanitäre Projekte zur Verbesserung der Lebenssituation bedrohter ethnischer und religiöser Minderheiten und Nationalitäten. Gegründet im Jahr 2006 verfolgt er ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke und wird rein ehrenamtlich geführt. Spenden werden zu 100 Prozent an die Projekte weitergegeben.

Oft vermittelt die GfbV Projekte an den Förderverein. Wenn Minderheitenangehörige um Unterstützung einer Initiative bitten, die Sprache und Kultur oder Zusammenhalt ihrer Gemeinschaft fördert, traditionelles Wissen weitergibt oder Armut bekämpft, hilft der Förderverein, sie zu finanzieren. Ein Beispiel dafür ist ein Projekt, das den Oromo in Calliya in Äthiopien Zukunftsperspektiven eröffnen soll. Dort werden eine Bibliothek und ein Gemeindezentrum aufgebaut, in dem sich junge Erwachsene fortbilden können – etwa durch Computerkurse.

Im Nahen Osten unterstützt der Förderverein eine Initiative von in Deutschland lebenden kurdischen Medizinerinnen. Sie sammeln Spenden, damit für Geflüchtete in der syrischen Region Qamishli und den Distrikten Afrin und Kobani dringend benötigte Medikamente gekauft oder Sachspenden weitergegeben werden können. Sie kommen allen Hilfesuchenden zugute. Ihre ethnische oder religiöse Zugehörigkeit spielt keine Rolle.

Eine Liste und eine ausführliche Beschreibung von Projekten des Fördervereins für bedrohte Völker e.V. finden Sie hier:

<https://www.gfbv.de/de/humanitaere-initiativen/>

Dem Förderverein für bedrohte Völker e.V. gehört auch das Victor-Gollancz-Haus für Menschenrechte in Göttingen (Geiststraße 7), das an die GfbV vermietet und Sitz unseres Bundesbüros ist.

Auf einen Blick

Vorstand und wichtige ehrenamtliche Gremien

Vorstand 2019

Jan Diedrichsen (Berlin), Bundesvorsitzender

Andreas Bummel (Wiesbaden), bis 14.9.2019

Aytan Celik (Göttingen), seit 14.9.2019

Leonie Krüger (Berlin), stellvertr. Bundesvorsitzende

Kaan Orhon (Bonn)

Abidine Ould-Merzough (Aachen), seit 14.9.2019

Heinrich Schultz (Tating), bis 14.9.2019

Kassenprüfung 2019

Günther Schierloh (Göttingen)

Stephanie Brause (Berlin)

Schiedskommission 2019

Niels Keilhack (Göttingen)

Ulrich Morenz (Eichstätt)

Mila Tost (Göttingen)

Regionalgruppensprecher/innen (Stand Mai 2020)

Dr. Kajo Schukalla (Münster)

Gesine Gerdes (Berlin)

Anna Hobbiebrunken (Göttingen)

Berater

Tilman Zülch (Göttingen), GfbV-Gründer

Kontakt


Gesellschaft für bedrohte Völker (GfbV)
Geiststraße 7
37073 Göttingen

Postanschrift:
GfbV, Postfach 2024, 37010 Göttingen

Tel. 0551 499 06-0, Fax 0551 58028

E-Mail: info@gfbv.de, Web: www.gfbv.de

 @bedrohteVoelker

 @GfbV

 @bedrohteVoelker

 Für Vielfalt

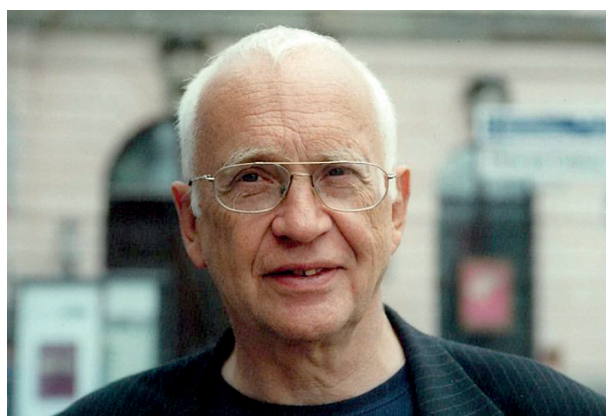
 Für Vielfalt

Zweigstelle in Berlin

Gesellschaft für bedrohte Völker
Kaiser-Friedrich-Straße 90
10585 Berlin

Tel. 030 42804891, Fax 030 42804916

E-Mail: l.fiene@gfbv.de



Ohne ihn gäbe es unsere Menschenrechtsorganisation nicht: GfbV-Gründer Tilman Zülch

Impressum



Gesellschaft für bedrohte Völker e.V. (GfbV)

Postfach 2024, D-37010 Göttingen

Tel.: +49 551 49906-0, Fax: +49 551 58028

E-Mail: info@gfbv.de, www.gfbv.de

Spendenkonto bei der Bank für Sozialwirtschaft:

(IBAN) DE07 2512 0510 0000 506070

(BIC) BFSWDE33HAN

Die GfbV ist eine Menschenrechtorganisation für verfolgte ethnische und religiöse Minderheiten; NGO mit beratendem Status bei den Vereinten Nationen und mit mitwirkendem Status beim Europarat. Sektionen, Büros und Repräsentant*innen in Bosnien-Herzegowina, Deutschland, Großbritannien, Südtirol/Italien, Kurdistan/Irak, der Schweiz und den USA.

Redaktion: Inse Geismar

Layout: Tanja Wieczorek

Titelbild: In Berlin vernetzten wir eine indigene Delegation aus Brasilien mit der Jugendbewegung Fridays for Future. Gemeinsam demonstrierten wir für Klimagerechtigkeit und indigene Rechte.

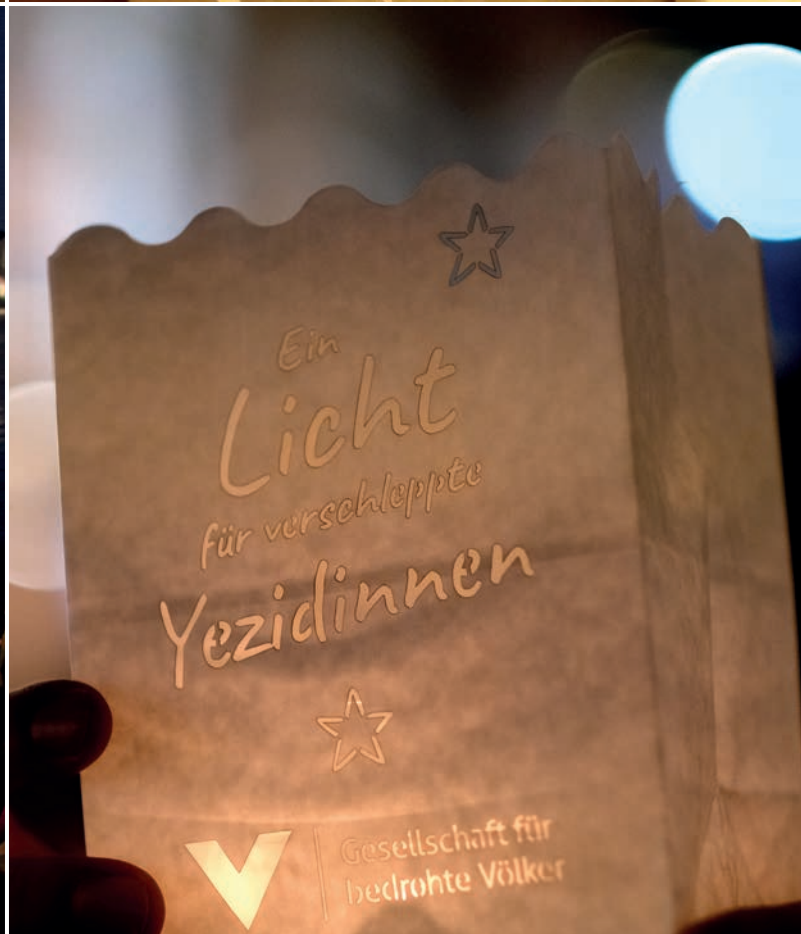
Foto: Eliane Fernandes Ferreira/GfbV

Herausgegeben von der Gesellschaft für bedrohte Völker
im Juli 2020

Für Menschenrechte. Weltweit.



Gesellschaft für
bedrohte Völker



Mehr als 1000 Menschen beteiligten sich an unserer Weihnachtsaktion
„Ein Licht für verschleppte Yezidinnen“.